

# kontraste

Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik



BILDUNG UND ARBEITSMARKT

AKTUELLES

BUCHTIPPS

VERANSTALTUNGEN

4 | Juni 2011

<b>Bildung und Arbeitsmarkt</b>	
Von der Schule in den Beruf	4
Beschäftigung und Bildung von Jugendlichen	7
Zwischen Fairness und Ausbeutung	12
Geringqualifizierte am Arbeitsmarkt	15
Grundtvig: Zweite Chance durch Erwachsenenbildung	19
Lebenslanges Lernen in Österreich: Was empfehlen die ExpertInnen?	22
Sparen bei der Bildung ist kontraproduktiv	28
<b>Aktuelles</b>	
Gender und Medizin als Herausforderung für die Gesundheitspolitik	31
Investitionen in soziale Dienstleistungen lohnen sich	33
<b>Buchtipps</b>	34
<b>Veranstaltungen</b>	35

## Bildung in der Wissensgesellschaft

*Die internationale Arbeitsteilung führte zur Auslagerung arbeits- und kostenintensiver Produktionen in so genannte Niedriglohnländer – von Osteuropa bis Südostasien und Lateinamerika. Gemeinsam mit der technologischen Entwicklung bewirkte dieser Prozess eine Reduktion einfacher, wenig Know how voraussetzender Arbeitsplätze in der heimischen Industrie, sodass nunmehr regelmäßig von "Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft" gesprochen wird, wenn es darum geht, unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsformation zu charakterisieren.*

*Dass dies kein bloßes Schlagwort ist, lässt sich daran ablesen, dass sich die Arbeitskräftenachfrage stetig in Richtung höher qualifizierter Tätigkeiten verschiebt. In Oberösterreich etwa betrifft mehr als die Hälfte des aktuellen Beschäftigungszuwachses Arbeitsplätze, die mindestens Maturaniveau erfordern, den geringsten jährlichen Zuwachs gibt es dagegen bei der Nachfrage nach Arbeitskräften mit maximal Pflichtschulabschluss (vgl. Beitrag S. 15); eine Entwicklung, die für Geringqualifizierte – Personen ohne spezifische Berufsausbildung – zwangsläufig große Probleme mit sich bringt. Unter diese Personengruppe fallen 16,7 Prozent der Erwerbsbevölkerung. Überproportional vertreten sind hier Menschen mit Migrationshintergrund sowie generell Ältere und Personen, deren Eltern gleichfalls nur ein geringes Bildungsniveau aufweisen. Denn in Österreich wird Bildung nach wie vor vererbt: Nur ein Drittel der 15- bis 34-Jährigen hat einen höheren formalen Bildungsabschluss als die Eltern, während 70 Prozent eine gleichwertige oder sogar niedrigere Ausbildung absolvierten. Und während 41 Prozent der Kinder aus akademischen Elternhäusern ein Hochschulstudium abschließen, tun dies nur fünf Prozent der Kinder von maximal PflichtschulabsolventInnen (vgl. derStandard.at, 27.04.2011).*

*Gegen diese Ungleichverteilung im Bildungsbereich sollte dringend etwas unternommen werden, denn die Benachteiligung setzt sich im Arbeitsleben fort: Dem Institut für höhere Studien zufolge ist das Arbeitslosigkeitsrisiko von frühen SchulabgängerInnen dreieinhalb Mal so hoch und die Wahrscheinlichkeit, ausschließlich Hilfstätigkeiten auszuüben, vier Mal so groß wie bei Jugendlichen mit abgeschlossener Be-*

*rufsausbildung. Dabei haben fast 70 Prozent der oberösterreichischen Jugendlichen ohne weiterführende Qualifikation nach der Schulpflicht eine Ausbildung begonnen, diese aber abgebrochen.*

*Hier ist ein wesentlicher Ansatzpunkt – indem man das Nachholen versäumter Qualifikationen ermöglicht. Was die Angebotsstrukturen in der Erwachsenenbildung betrifft, wird Österreich im internationalen Vergleich ein relativ gutes Zeugnis ausgestellt, zumal die Angebote in der beruflichen Weiterqualifizierung auch für Arbeitssuchende, UmsteigerInnen und RückkehrerInnen offen stehen. Allein: Dem System fehlen bis zu einem gewissen Grad die TeilnehmerInnen. Mangelnde Weiterbildungsbereitschaft wird dabei insbesondere bei sozial Benachteiligten und prekär Beschäftigten konstatiert. Die "Kombination von schwierigen Lebenslagen, unvorteilhaften Arbeitsbedingungen und einem schwachen Selbstwertgefühl, durch schulische Misserfolge generiert bzw. verstärkt", führt der Innsbrucker Bildungswissenschaftlerin Lynne Chisholm zufolge dazu, dass Bildung von dieser Personengruppe tendenziell als "Zumutung" empfunden wird. Denn: Warum sollte man sich etwas aussetzen, "das sich bisher nicht gelohnt hat, weder persönlich noch im Arbeitsleben"? Um hier etwas zu bewirken, müssen Anreize gesetzt werden. So plädiert Chisholm für kostenlose Angebote und Kurse in der Arbeitszeit, weiters für niedrighschwellige und lebensnahe Bildungsangebote (vgl. Beitrag S. 22).*

*Aber auch in der Erstausbildung gilt es, die Weichen neu zu stellen: Die Bildungswegentscheidung dürfe erst mit 14 bzw. 15 Jahren erfolgen statt wie derzeit im Alter von zehn Jahren, ganztägige Schulformen und die Bildungs- und Berufsberatung müssten ausgebaut werden, fordert etwa der ÖGB. Im Hochschulbereich sollte es mehr Angebote für Berufstätige geben, z.B. Abendseminare und verlängerte Bibliotheksöffnungszeiten (vgl. derStandard.at, 27.04.2011). Das wird schwierig werden, denn die Politik ist offensichtlich nicht bereit, zusätzliches Geld für die Hochschulen zur Verfügung zu stellen. Im Gegenteil: Die Bedingungen für Studierende werden sukzessive verschlechtert, aktuell durch die Streichung des Ministeriumszuschusses zur Selbstversicherung. In einer Wissensgesellschaft ein falsches Signal, findet*

Ihre  
Kontraste-Redaktion

## Von der Schule in den Beruf

Unter den 15- bis 34-Jährigen, die ihre Schulbildung bereits beendet haben, gelingt rund zwei Drittel der jungen Erwachsenen ein rascher Berufseinstieg, Männern häufiger als Frauen. Der Studie "Eintritt junger Menschen in den Arbeitsmarkt" der Statistik Austria zufolge arbeitet die überwiegende Mehrheit im ersten Job in einer unselbständigen Tätigkeit. Davon sind mehr als ein Viertel atypisch beschäftigt. Die durchschnittliche Dauer des ersten Jobs beträgt drei Jahre und drei Monate, wobei sich deutliche Unterschiede ergeben, wenn nach der Qualifikation, dem Migrationshintergrund und der höchsten abgeschlossenen Schulbildung unterschieden wird.

Für 65 Prozent der Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Österreich vollzieht sich der Übergang von

der Ausbildung in den ersten stabilen Job relativ nahtlos. D.h., der erste Job wurde noch während der Ausbildung oder maximal drei Monate nach Ausbildungsende begonnen oder die hauptsächliche Tätigkeit während der Übergangsdauer bestand in der Absolvierung des Präsenz- bzw. Zivildienstes. Werden nur jene Berufseinsteigerinnen und Berufseinsteiger betrachtet, deren Eintritt ins Erwerbsleben nicht bzw. nicht überwiegend durch den Präsenz- oder Zivildienst verzögert wird, so zeigt sich, dass Männern öfter ein schneller Berufseinstieg gelingt als Frauen: Rund drei Viertel (76%) der jungen Männer, aber nur jeder zweiten Frau gelingt binnen der ersten drei Monate nach Ausbildungsende der Berufseinstieg. Die Probleme formal gering qualifizierter Jugendlicher (ohne über die Pflichtschule hinausgehenden Abschluss), am Arbeitsmarkt Fuß zu fassen, zeigen sich einmal mehr in der Tatsache, dass es nur jeder bzw. jedem Vierten aus dieser Gruppe gelingt, gleich nach der Schule einen Job zu bekommen. Für junge Erwachsene ohne österreichische Staatsbürgerschaft

**Tabelle 1: Dauer des Übergangs von der Ausbildung in den ersten Job**

	Personen mit erstem Job, plus Personen ohne ersten Job u. mehr als 3 Monate seit Ausbildungsende (ohne Präsenz-/Zivildienst)				Übergang zumindest ein Monat (unzensierte und zensierte Fälle)
	Insgesamt	nahtloser oder schneller Übergang	verzögerter Übergang	hatte noch keinen ersten Job	mittlere Übergangsdauer Median
	in 1.000	in %			in Monaten
<b>Insgesamt</b>	<b>1.317,9</b>	<b>65,1</b>	<b>28,1</b>	<b>6,7</b>	<b>9,0</b>
<b>Geschlecht</b>					
Männer	643,1	75,7	20,2	4,1	12,1
Frauen	674,8	55,1	35,7	9,3	5,7
<b>Staatsangehörigkeit</b>					
Österreich	1.102,4	70,1	25,4	4,5	8,2
Nicht-Österreich	215,5	40,0	42,1	17,9	23,1
EU 27 (ohne Österreich)	83,5	54,0	37,5	(8,4)	
Ehem. Jugoslawien (o. Slowenien)	66,8	37,6	47,7	(14,7)	
Türkei	33,9	(19,8)	47,2	(33,0)	
Sonstige	31,2	(29,5)	(36,6)	(33,9)	
<b>Migrationshintergrund</b>					
Ohne	1.029,5	71,2	24,6	4,2	7,8
Mit	288,4	43,5	40,5	16,0	19,6
<b>Höchste abgeschl. Schulbildung</b>					
Pflichtschule	172,2	24,8	48,6	26,6	42,4
Lehre	583,1	76,0	21,0	3,0	8,5
BMS	169,7	68,3	27,5	(4,2)	5,1
Höhere Schule	233,2	66,1	30,1	(3,8)	9,1
Hochschulverw. Lehranst., Universität, Hochschule	159,7	64,6	29,7	(5,7)	5,1

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung Ad-hoc-Modul "Eintritt junger Menschen in den Arbeitsmarkt", 2. Quartal 2009. Bevölkerung in Privathaushalten.

**Tabelle 2: Häufigkeit und durchschnittliche Dauer von zumindest dreimonatigen Übergangsphasen zwischen Ausbildungsende und erstem Job**

	Frauen		Männer		Frauen	Männer
	in 1.000	in %	in 1.000	in %	Median in Monaten <sup>1)</sup>	
<b>Insgesamt</b>	<b>307,0</b>	<b>100,0</b>	<b>366,5</b>	<b>100,0</b>	<b>22,4</b>	<b>16,8</b>
Präsenz- oder Zivildienst	.	.	203,1	55,4	.	15,4
Arbeitssuche	120,3	39,2	64,1	17,5	14,3	16,8
Kurzfristige bezahlte Jobs von bis zu drei Monaten	60,4	19,7	39,9	10,9	16,5	25,0
Teilnahme an Kursen und Schulungen	26,4	8,6	16,1	4,4	20,6	26,2
Betreuung von Kindern und/oder anderen Angehörigen	43,4	14,1	(x)	(x)	81,8	(x)
Anderes	56,5	18,4	41,8	11,4	23,9	25,7

Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung Ad-hoc-Modul "Eintritt junger Menschen in den Arbeitsmarkt" – ( ) Werte mit weniger als hochgerechnet 14.000 Personen sind sehr stark zufallsbehaftet. (x) Werte mit weniger als 5.000 Personen sind statistisch nicht interpretierbar. – 1) derzeit oder Haupttätigkeit in der Übergangsphase, bzw. seit Ende der Ausbildung. – 2. Quartal 2009. Bevölkerung in Privathaushalten. Personen, deren Übergang von den Ausbildung in den Beruf zumindest drei Monate dauerte oder die noch keinen ersten Job haben (unzensierte und zensierte Fälle) - Verweildaueranalyse.

vollzieht sich der Berufseinstieg wesentlich seltener innerhalb der ersten drei Monate als bei Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft (40% im Vergleich zu 70%).

### Lange Übergangsperioden für Personen mit maximal Pflichtschulabschluss

Von allen jungen Erwachsenen, die das formale Schul- und Ausbildungssystem verlassen haben, beginnen 24 Prozent den ersten Job bereits vor oder zeitgleich mit ihrem Ausbildungsende. Bei den übrigen 76 Prozent vergehen im Durchschnitt (Median) neun Monate, bis sie in den Arbeitsmarkt eintreten. In diesem Wert sind auch Verzögerungen durch die Absolvierung des Präsenz- und Zivildienstes enthalten. Dies erklärt zu einem Teil auch die vergleichsweise kürzere Übergangsdauer zwischen Ausbildung und Beruf von Frauen: Für Frauen vergehen im Schnitt 6 Monate, für Männer 12 Monate bis zum ersten Job. Für Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft dauert es knapp drei Mal so lange, bis nach Ausbildungsende der erste stabile Job aufgenommen wird wie für Österreicher (8 Monate). Besonders lange Übergangsperioden weisen Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (3 Jahre und 6 Monate) auf sowie Frauen, die zwischen Ausbildung und Beruf überwiegend mit Betreuungsaufgaben von Kindern oder Angehörigen beschäftigt sind.

### Soziale Netzwerke sind die wichtigste Brücke in den Arbeitsmarkt

Soziale Netzwerke im Familien- und Bekanntenkreis erweisen sich für Berufseinsteigerinnen und Berufs-

einsteiger als die wichtigste Zugangsmöglichkeit in den ersten stabilen Job. Knapp ein Drittel (30%) der jungen Erwachsenen findet über Unterstützung von Familie, Freunden oder Bekannten den ersten Job. Mit 23 Prozent an zweiter Stelle steht – bedeutend vor allem für Personen, die eine Lehre abgeschlossen haben – die frühere Tätigkeit in derselben Firma. In etwas geringerem Umfang erfolgt der Arbeitsmarkteintritt über Inserate in Zeitung oder Internet (18%) sowie über Direkt- oder Blindbewerbungen (17%). Über das Arbeitsmarktservice finden nur fünf von hundert jungen Erwachsenen ihre erste stabile – länger als drei Monate dauernde – Tätigkeit.

Unter Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss sind Familie, Freunde oder Bekannte als Zugangsweg in den Arbeitsmarkt besonders bedeutsam (54%), unter Lehrabsolventinnen und -absolventen die frühere Tätigkeit in derselben Firma (39%). Für Personen mit Studienabschluss bilden Stellenausschreibungen in Zeitungen und im Internet (36%) die wichtigste Einstiegsvariante in den ersten stabilen Job. Netzwerke über Familie und Bekannte (23%) sind aber auch hier der zweitwichtigste Brückenschlag in den Arbeitsmarkt.

### Atypische Beschäftigung im ersten Job

Von den knapp 1,2 Mio. im ersten Job unselbständig erwerbstätigen jungen Erwachsenen sind insgesamt mehr als ein Viertel (27%) atypisch beschäftigt. Bei 19 Prozent von ihnen (Männer: 17%, Frauen: 21%) ist die erste Anstellung durch zumindest eines der folgenden Merkmale charakterisiert: Befristung, geringfügige Beschäftigung, Leih- bzw. Zeitarbeit oder

**Tabelle 3: Dauer des ersten Jobs nach soziodemographischen Merkmalen**

	in Monaten
<b>Insgesamt</b>	<b>39,0</b>
<b>Geschlecht</b>	
Männer	44,8
Frauen	37,8
<b>Staatsangehörigkeit</b>	
Österreich	48,7
Nicht-Österreich	25,5
<b>Migrationshintergrund</b>	
Ohne Migrationshintergrund	49,9
Mit Migrationshintergrund	26,0
<b>Höchste abgeschlossene Schulbildung</b>	
Pflichtschule	20,9
Lehre	44,5
BMS	43,1
Höhere Schule	49,9
Hochschulverw. Lehranst., Universität, Hochschule	46,7
<b>Qualifikation nach Selbsteinschätzung</b>	
Entsprechend qualifiziert	49,4
Nicht entsprechend qualifiziert	18,2
davon <sup>1)</sup>	
überqualifiziert	16,4
unterqualifiziert	20,5
<b>Vollzeit/Teilzeit (Selbstzuordnung)<sup>2)</sup></b>	
Vollzeit	40,1
Teilzeit	29,5
Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung Ad-hoc-Modul "Eintritt junger Menschen in den Arbeitsmarkt", 2. Quartal 2009. Bevölkerung in Privathaushalten. Personen mit erstem Job (1.229.000). Unzensurierte und zensierte Fälle, Verweildaueranalyse. – 1) alle nicht entsprechend Qualifizierten (159.000). – 2) Personen, die im ersten Job unselbständig beschäftigt sind/waren (1.192.000).	

freier Dienstvertrag. 8 Prozent der unselbständig Erwerbstätigen (Männer: 3%, Frauen: 13%) sind im ersten Job teilzeitbeschäftigt, ohne dass eine weitere atypische Beschäftigungsform vorliegt. Differenziert nach der höchsten abgeschlossenen Schulbildung zeigt sich, dass bei Erwerbseintritt Personen mit einem Lehrabschluss (82%) am häufigsten im Rahmen eines Normalarbeitsverhältnisses arbeiten, Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss am seltensten (57%). Junge Personen mit österreichischer

Staatsbürgerschaft (75%) verfügen im ersten Job häufiger über ein Normalarbeitsverhältnis – charakterisiert durch eine unbefristete Beschäftigung auf Vollzeitbasis und umfassende sozialrechtliche Absicherung – als Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft (65%).

Rund 13 Prozent der jungen Erwachsenen geben ihrer eigenen Einschätzung nach an, für die erste Beschäftigung nicht entsprechend qualifiziert zu sein. Insgesamt erleben sich deutlich mehr junge Erwachsene in

ihrem ersten Job als überqualifiziert (9,3%) denn als unterqualifiziert (3,6%). Personen mit einem Lehrabschluss (91%) sind subjektiv am öftesten ihrer Qualifikation entsprechend beschäftigt und Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss (81%) am seltensten.

### Qualifikation hat deutlichen Einfluss auf die Dauer des ersten Jobs

Die durchschnittliche Dauer des ersten Jobs beträgt drei Jahre und drei Monate (Median). Personen, die sich als entsprechend qualifiziert einschätzen, bleiben mit 4 Jahren und einem Monat knapp dreimal so lange in ihrer ersten Beschäftigung wie Personen, die sich nicht entsprechend ihrer Qualifikation beschäftigt sehen. Für unselbständig Erwerbstätige, die vollzeitbeschäftigt sind, dauert der erste Job im Mittel 3 Jahre und 4 Monate und damit fast ein Jahr länger als für Teilzeitbeschäftigte (2 Jahre 5 Monate). Frauen verbleiben rund 7 Monate kürzer im ersten Job als Männer. Deutliche Unterschiede in der Dauer der ersten Erwerbstätigkeit – im Durchschnitt zwei Jahre – ergeben sich zum einen zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. Zum anderen fällt der deutlich kürzere Verbleib in der ersten Tätigkeit von Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss auf (1 Jahr und 9 Monate). Sie bleiben etwa halb so lange

im ersten Job wie Personen, die eine Lehre abgeschlossen haben (3 Jahre und 8 Monate).

### Methodische Informationen

Bei den hier präsentierten Ergebnissen handelt es sich um Daten aus einer EU-weiten Erhebung zum Thema "Eintritt junger Menschen in den Arbeitsmarkt", die in Österreich im Rahmen der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung im 2. Quartal 2009 durchgeführt wurde. Das internationale Frageprogramm wurde um zusätzliche Fragen des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (BMAK) ergänzt. Zielgruppe der Befragung waren alle 15- bis 34-Jährigen. Als erster Job bzw. erster stabiler Job werden im Rahmen dieser Erhebung jene beruflichen Tätigkeiten bezeichnet, die nach Ende der letzten Ausbildung begonnen wurden und die mehr als drei Monate gedauert haben. Als erster Job können nur bezahlte Tätigkeiten gelten bzw. Tätigkeiten als mithelfende Familienangehörige. Die Lehre gilt hier nicht als erste Erwerbstätigkeit, sondern zählt als Ausbildung. Ebenso wenig zählen Präsenz- oder Zivildienst als erste Erwerbstätigkeit.

*Quellen: Pressemitteilungen der Statistik Austria Nr. 9.804-246/10 und Nr. 9.803-245/10*

## Beschäftigung und Bildung von Jugendlichen

### Eckdaten aus dem Mikrozensus 2007–2009 für Oberösterreich

#### 1. Ausgangslage

Eine erfolgreiche Teilhabe an Bildung und Beschäftigung ist in modernen Gesellschaften eine zentrale Voraussetzung für ein selbstbestimmtes Leben. Zugleich ist sie gesellschaftlich und volkswirtschaftlich von enormer Bedeutung. Dies gilt insbesondere für Jugendliche, da bei einer missglückten Integration die Gefahr besteht, dass sie kein selbstbestimmtes und autonomes Leben führen werden. Daher soll nachfolgend die Integration von Jugendlichen (und jungen Erwachsenen) in das Bildungs- und Beschäftigungssystem statistisch erfasst werden, wobei auf internationale und nationale Konzepte zurückgegriffen wird. Als nicht oder nur mangelnd integriert betrachtet werden folglich:

- Jugendliche weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung noch in einer (Weiter-)Bildungsmaßnahme
- Frühe SchulabgängerInnen
- Jugendliche und junge Erwachsene mit geringer Bildung

#### 2. Datengrundlage, Indikatoren und Datenanalyse

##### 2.1. Datengrundlage

Datengrundlage der nachfolgenden Analyse ist der österreichische Mikrozensus der Jahre 2007 bis 2009. Der Mikrozensus (Statistik Austria 2011b) wird vierteljährlich durchgeführt. Befragt werden je Quartal ca. 22.500 Haushalte, in denen etwa 50.000 Personen leben. Ein ausgewählter Haushalt bleibt fünfmal in der Erhebung, sodass jedes Quartal ca. 4.500 Haushalte ausscheiden und durch neue ersetzt werden. Der Mikrozensus ist Teil der internationalen Labor Force Statistik und erfasst zentrale demographische Daten, Arbeits- und Wohnbedingungen sowie Bildung und Lebensunterhalt. Er eignet sich daher für die hier analysierte Fragestellung gut, wenngleich trotz der

großen Stichprobe für die hier untersuchten Gruppen unter Berücksichtigung des Designeffekts (Haslinger/Kytir 2006) mitunter kleine Fallzahlen auftreten, die sich in relativ großen Standardfehlern niederschlagen.

**2.2. Indikatoren**

Die genannten Integrationsindikatoren werden wie folgt gebildet:

- *Jugendliche weder in (Aus)Bildung, Beschäftigung noch in einer (Weiter-)Bildungsmaßnahme:* Der Indikator wird für Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren berechnet. Es handelt sich um eine Gruppe, für die ein besonders hohes Risiko gesellschaftlicher Desintegration besteht. Die Jugendlichen gehen im Referenz- bzw. Erfassungszeitraum (abhängig von der Variablen zwischen einer und vier Wochen) nicht mehr zur Schule, sind nicht als Lehrlinge beschäftigt oder in einer anderen Form erwerbstätig und besuchen keine (Weiter-)Bildungsmaßnahme. Jugendliche, die im Referenzzeitraum den Zivil- oder Präsenzdienst absolvieren, werden als integriert betrachtet und Erwerbstätigen bzw. SchülerInnen gleichgestellt.

Im internationalen Kontext wird diese Gruppe als NEET (Not in Education, Employment and Training) bezeichnet. Der Indikator wird vorwiegend in angelsächsischen Ländern verwendet und für unterschiedliche Altersgruppen ausgewiesen. Das britische Department for Education (2011) berichtet Quoten für 16- bis 24-Jährige und Untergruppen. In diesem Bericht wurde die Altersspanne auf die 16- bis 19-Jährigen eingegrenzt, um den Schwerpunkt auf die Ausbildungsphase zu legen, die üblicherweise nach der Pflichtschule mit 16 Jahren beginnt.

- *Frühe SchulabgängerInnen* (Statistik Austria 2011a): Die Definition wurde von der EU übernommen. Als frühe SchulabgängerInnen werden Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die keinen Schulabschluss, nur den Abschluss einer Pflichtschule (Hauptschule, AHS-Unterstufe, Polytechnische Schule) oder einer maximal einjährigen Fachschule (BMS) haben und sich zum Befragungszeitpunkt nicht mehr im Bildungssystem befinden. Jugendliche, die einen (Weiter-)Bildungskurs oder einen Freizeitkurs<sup>1</sup> besuchen, werden als im Bildungssystem befindlich betrachtet.

**Tabelle 1: Größe der untersuchten Gruppen von Jugendlichen**  
(Zahl der Befragten und Hochrechnungen)

Altersgruppen	Österreich			Gesamt
	2007	2008	2009	
befragte Anzahl Jugendlicher				
16-19	10043	9840	9491	29374
18-24	16139	15880	14976	46995
20-24	11327	11028	10373	32728
hochgerechnete Anzahl Jugendlicher				
16-19	389511	396460	401333	1187304
18-24	705348	711791	707981	2125120
20-24	517720	515547	515589	1548856
Oberösterreich				
	2007	2008	2009	Gesamt
befragte Anzahl Jugendlicher				
16-19	1271	1270	1288	3829
18-24	1924	2002	2012	5938
20-24	1325	1405	1392	4122
hochgerechnete Anzahl Jugendlicher				
16-19	72108	72312	72810	217230
18-24	123575	122630	123489	369694
20-24	89577	88672	88374	266623

Sie werden daher entsprechend diesem Indikator nicht als frühe SchulabgängerInnen gesehen. Ziel der Europäischen Kommission ist eine Reduktion der Quote unter 10 Prozent bis 2020 im EU-Schnitt (EC 2011).

- **Junge Erwachsene/Jugendliche mit geringer Bildung:** Dieser Indikator wird von der Statistik Austria (2010) als Ergänzung zu den frühen SchulabgängerInnen verwendet. Analysepopulation sind Jugendliche zwischen 20 und 24 Jahren. Von einer geringen Bildung wird dann gesprochen, wenn die Jugendlichen dieser Altersgruppe über keinen Pflichtschulabschluss, einen Pflichtschulabschluss oder maximal den Abschluss einer einjährigen BMS verfügen, unabhängig davon, ob sie sich zum Befragungszeitpunkt im Bildungssystem befinden oder nicht. Angenommen wird somit, dass mit 20 Jahren die Lehre, eine BMS oder auch die Matura erreicht wurde.

Die drei Indikatoren decken unterschiedliche Aspekte der Integration in das Bildungs- und Erwerbssystem ab. Der erste Indikator erfasst sowohl die Integration in das Bildungs- als auch in das Erwerbssystem und geht von Mindestintegrationsanforderungen aus. Ein Jugendlicher/eine Jugendliche wird z.B. auch dann als integriert betrachtet, wenn sie/er zumindest stundenweise einer Hilfstätigkeit nachgeht oder an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnimmt.

Die beiden letzten Indikatoren zielen auf die Integration in das Bildungssystem ab. Die Erwerbsbeteiligung spielt explizit bei der Definition keine Rolle. Implizit wird angenommen, dass beide Gruppen wegen des geringen Bildungsniveaus auch durch Integrations-

probleme in den Arbeitsmarkt gekennzeichnet sind. Der letzte Indikator (Jugendliche mit geringer Bildung) fordert, dass ein über die Pflichtschule hinausgehender Schulabschluss erworben wurde, während der Indikator der frühen Schulabgänge einen Jugendlichen/eine Jugendliche auch als integriert betrachtet, wenn noch kein höherer Schulabschluss vorliegt, aber noch die Schule besucht wird.

### 2.3. Datenauswertung

Die Datenauswertung erfolgt auf der Basis von einfachen statistischen Verfahren. Verwendet werden die gewichteten Daten, die eine Hochrechnung auf die Gesamtbevölkerung für Österreich bzw. Oberösterreich – in unserem Beispiel auf die Jugendlichen der unterschiedlichen Altersgruppen – ermöglichen. Für die untersuchten Altersgruppen ergeben sich die in Tabelle 1 angeführten Fallzahlen und Hochrechnungswerte.

Zur Berechnung von Vertrauensintervallen werden die Daten auf die ursprüngliche Fallzahl reskaliert. Die wiederholte Befragung von Personen wird durch die Verwendung eines weiteren Skalierungsfaktors von 1.33/4 berücksichtigt (Haslinger/Kytir 2006). Dadurch wird eine konservative Schätzung von Vertrauensintervallen gewährleistet. Angeführt wird das 95%-Vertrauensintervall.

## 3. Ergebnisse

### 3.1. Jugendliche weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung noch in einer (Weiter-) Bildungsmaßnahme

Im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 gehören österreichweit 6,1 Prozent der Gruppe der Jugendli-

**Tabelle 2: Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren weder in (Aus)Bildung, Beschäftigung noch in einer (Weiter)Bildungsmaßnahme)**

		2007	2008	2009	Durchschnitt
Österreich	%	5,9	6,2	6,2	6,1
	n	22.885	24.511	24.760	24.052
	Vu95	5,1	5,3	5,3	5,6
	Vo95	6,7	7,0	7,0	6,6
Oberösterreich	%	3,4	5,7	4,8	4,6
	n	2.442	4.138	3.455	3.345
	Vu95	1,9	3,8	3,0	3,6
	Vo95	4,8	7,6	6,5	5,6

Lesehilfe: 5,9% der Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren befinden sich 2007 weder in (Aus)Bildung, in Beschäftigung noch in (Weiter)Bildungsmaßnahmen. Absolut betrachtet sind dies hochgerechnet 22.885. Der Anteil liegt mit einer Sicherheit von 95% zwischen 5,1% (Vu95) und 6,7% (Vo95)

**Tabelle 3: Frühe SchulabgängerInnen zwischen 18 und 24 Jahre**

		2007	2008	2009	Durchschnitt
Österreich	%	10,7	10,1	8,6	9,8
	N	75.270	71.915	60.722	69.303
	Vu95	9,9	9,3	7,8	9,4
	Vo95	11,5	10,9	9,3	10,3
Oberösterreich	%	9,0	11,2	8,5	9,5
	N	11.080	13.694	10.464	11.746
	Vu95	7,2	9,2	6,7	8,5
	Vo95	10,7	13,2	10,3	10,6

Lesehilfe: siehe Tabelle 2

chen, die sich weder in (Aus)Bildung, Beschäftigung noch in einer (Weiter)Bildungsmaßnahme befinden, an. In Oberösterreich liegt der Wert mit 4,6 Prozent deutlich unter dem Durchschnitt. Betroffen sind ca. 3.300 Jugendliche. Die Werte für Oberösterreich streuen über die Jahre stark, sodass die Jahreswerte nur mit Vorsicht bzw. unter Berücksichtigung der statistischen Schwankungsbereiche interpretiert werden sollten.

Betrachtet man die Werte ohne Maßnahmenbesuch, würde in Oberösterreich der Anteil der Gruppe in dem Zeitraum von 4,6 auf 5,5 Prozent steigen. Durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wird die Risikogruppe somit um 16,3 Prozent reduziert. Österreichweit beträgt die Reduktion nur 12,9 Prozent. Ohne Maßnahmen würde die Quote für Österreich einen Wert von 7,0 anstelle von 6,1 Prozent annehmen.

### 3.2. Frühe SchulabgängerInnen

Im österreichischen Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 gehören 9,8 Prozent der Gruppe der frühen SchulabgängerInnen an. In Oberösterreich liegt der Wert mit 9,5 Prozent dieses Mal nur knapp unter dem österreichischen Durchschnitt. Insgesamt gehören in Oberösterreich knapp 12.000 Personen dieser Gruppe an. Sie haben das Schulsystem mit keinem oder nur einem geringen Bildungsabschluss verlassen und befinden sich zum Referenzzeitpunkt (die letzten vier Wochen) nicht in einer Bildungsmaßnahme im beruflichen oder Freizeitbereich.

68 Prozent der frühen SchulabgängerInnen sind zum Befragungszeitpunkt erwerbstätig (Österreich: 58%) und somit zumindest in das Erwerbssystem (partiell) integriert. Somit verbleibt für Oberösterreich ein Kreis von ca. 5.000 Jugendlichen im Alter von 18 bis 24

Jahren, der weder in das Schulsystem noch in das Erwerbssystem integriert ist und auch an keiner Maßnahme teilnimmt.

### 3.3. Jugendliche mit geringer Bildung

Österreichweit verfügen 15,1 Prozent der Jugendlichen zwischen 20 und 24 Jahren nur über einen geringen Bildungsabschluss. In Oberösterreich beträgt der Wert 13,9 Prozent. Wie erwähnt spielt es bei diesem Indikator keine Rolle, ob sich der oder die Befragte zum Erfassungszeitraum noch im Schulsystem befindet oder nicht. Ein Zwanzigjähriger, der sich nach einem AHS-Abbruch im zweiten Lehrjahr befindet und seine Lehre im Folgejahr erfolgreich abschließen wird, gilt als Jugendlicher mit geringer Bildung. Als früher Schulabgänger würde er dagegen nicht gezählt werden, da er sich im Bildungssystem befindet. Gleiches gilt für eine einundzwanzigjährige Befragte, die zum Befragungszeitpunkt nach einem Schulwechsel die vierte Klasse einer BHS besucht, die sie im Folgejahr erfolgreich abschließen wird. Auch sie wird als Jugendliche mit geringer Bildung betrachtet, nicht aber als frühe Schulabgängerin. In Oberösterreich befinden sich 19,7 Prozent der Jugendlichen mit geringer Bildung zum Befragungszeitpunkt noch im Schulsystem und erwerben somit eventuell einen über die Pflichtschule hinausgehenden Bildungsabschluss. Österreichweit sind dies 23,4 Prozent. Dieser Indikator hat im Hinblick auf Integration eine geringere Aussagekraft als die beiden anderen Indikatoren, da er nur auf den Abschluss, nicht aber auf den derzeitigen Status abzielt.

## 4. Zusammenfassung und Schlussfolgerung

Untersucht wurden drei international und national eingesetzte Indikatoren der Integration von Jugend-

**Tabelle 4: Jugendliche mit geringer Bildung (20 bis 24 Jahre)**

Region	Kennwerte	2007	2008	2009	Durchschnitt
Österreich	%	15,8	15,5	13,9	15,1
	n	81.877	79.812	71.603	77.764
	Vu95	14,7	14,4	12,8	14,5
	Vo95	16,9	16,6	15,0	15,7
Oberösterreich	%	13,5	15,4	12,7	13,9
	n	12.092	13.609	11.238	12.313
	Vu95	11,0	12,7	10,2	12,4
	Vo5	16,0	18,0	15,3	15,4

Lesehilfe: siehe Tabelle 2

lichen im Bildungs- und Beschäftigungssystem. Als nicht oder nur mangelnd integriert betrachtet werden:

- Jugendliche weder in (Aus-)Bildung, Beschäftigung noch in einer (Weiter-)Bildungsmaßnahme
- Frühe SchulabgängerInnen
- Jugendliche und junge Erwachsene mit geringer Bildung

Der erste Indikator ist arbeitsmarktpolitisch besonders bedeutsam, da diese Jugendlichen weder in das Bildungssystem noch in den Arbeitsmarkt integriert sind und auch an keiner arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teilnehmen. In Österreich sind dies im Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 6,1 Prozent der Jugendlichen zwischen 16 und 19 Jahren. In Oberösterreich liegt der Prozentsatz mit 4,6 Prozent deutlich unter diesem Durchschnitt. Dennoch sind dies auch in Oberösterreich ca. 3.300 Jugendliche, für die dringend Maßnahmen erforderlich sind. Ziel sollte es dabei zunächst sein, diese Gruppe sozialstatistisch genauer zu beschreiben und darauf aufbauend Zugang zu ihr zu finden. Die angedachte Ausbildungspflicht kann hierbei eine Hilfestellung bieten und den Zugang erleichtern. Eine Umwandlung der Familienbeihilfe in eine Ausbildungsbeihilfe ist zu überlegen.

Der Gruppe der frühen SchulabgängerInnen gehören im österreichischen Durchschnitt der Jahre 2007 bis 2009 9,8 Prozent an, in Oberösterreich ist der Wert nur geringfügig geringer und liegt bei 9,5 Prozent. Ein relativ großer Teil dieser Jugendlichen (OÖ: 68%; Ö: 58%) ist zwar in das Erwerbssystem integriert, aber wegen der geringen schulischen Qualifikation oft nur prekär.

Eine geringe Bildung schließlich weisen 15,1 Prozent der 20- bis 24-Jährigen im österreichischen Durchschnitt auf. In Oberösterreich ist der Wert mit 13,9 Prozent wiederum geringer, liegt aber deutlich über einen Schwellenwert von 10 Prozent. Ein Teil dieser Jugendlichen – in Oberösterreich jeder Fünfte – befindet sich aber noch im (Aus-)Bildungssystem, sodass mit einem Abschluss in den nächsten Jahren zu rechnen ist.

Insgesamt zeigen die Analysen, dass Oberösterreich in zwei von drei Indikatoren deutlich besser abschneidet als der österreichische Durchschnitt. Dies ist aber kein Anlass, sich gelassen zurückzulehnen und sich arbeits- und bildungspolitisch auszuruhen. 3.300 Jugendliche zwischen 16 und 19 Jahren können als desintegriert betrachtet werden. Knapp 12.000 Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren gehören der Gruppe der frühen SchulabgängerInnen an und tragen ein hohes Risiko einer nur prekären Integration in den Arbeitsmarkt. Ebenso viele der 20- bis 24-Jährigen haben nur eine geringe Bildung. Auch für einen Teil dieser beiden Gruppen sind arbeitsmarkt- und bildungspolitische Maßnahmen der unterschiedlichen Art unter Berücksichtigung der spezifischen Problemkonstellationen dringend geboten.

*Johann Bacher  
Abteilung für empirische Sozialforschung  
Institut für Soziologie, JKU Linz*

#### Anmerkung

- 1 Dazu gehören Kunst- und Fremdsprachenkurse, Musikunterricht, Sportunterricht, Fahrschule, aber auch private Nachhilfe usw.

## Literatur

Department for Education (DfE) (Ed.) (2011): NEET Statistics - Quarterly Brief - Quarter 4 2010, verfügbar unter: <http://www.education.gov.uk/rsgateway/DB/STR/d000987/index.shtml>, 27.4.2011

European Commission (EC) (Hg.) 2011, Early School Leaving, verfügbar unter [http://ec.europa.eu/education/school-education/doc2268\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/school-education/doc2268_en.htm), 27.4.2011

Haslinger, A. /Kytir, J. (2006): Stichprobendesign, Stichprobenziehung und Hochrechnung des Mikrozensus ab 2004. Statistische Nachrichten 6, 510-519

Statistik Austria (Hg.) (2010): Bildungsstand der Jugendli-

chen, verfügbar unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bildung\\_und\\_kultur/formales\\_bildungswesen/bildungsstand\\_der\\_jugendlichen/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/bildungsstand_der_jugendlichen/index.html), 27.4.2011

Statistik Austria (Hg.) (2011a): Frühe Schulabgänge, verfügbar unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/statistiken/bildung\\_und\\_kultur/formales\\_bildungswesen/fruehe\\_schulabgaenger/index.html](http://www.statistik.at/web_de/statistiken/bildung_und_kultur/formales_bildungswesen/fruehe_schulabgaenger/index.html), 27.4.2011

Statistik Austria (Hg.) (2011b): Mikrozensus ab 2004, verfügbar unter: [http://www.statistik.at/web\\_de/fragebogen/private\\_haushalte/mikrozensus/index.html](http://www.statistik.at/web_de/fragebogen/private_haushalte/mikrozensus/index.html) 27.4.2011

## Zwischen Fairness und Ausbeutung

**Weil vielen HochschulabsolventInnen der angestrebte Übergang in eine dauerhafte, Beschäftigung nicht sofort gelingt, treten sie zunächst ein Praktikum an. Diese Praktika sind in der Regel jedoch schlecht honoriert oder gänzlich unbezahlt, erbrachte eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung zum Berufseinstieg von AkademikerInnen.**

Der Berufseinstieg von HochschulabsolventInnen hat sich in den vergangenen Jahren verändert. Ein höherer Anteil an AbsolventInnen insgesamt, ein allgemeiner Trend zu mehr befristeten Beschäftigungsverhältnissen und eine höhere Instabilität in vielen Arbeitsverhältnissen prägen auch ihre Situation.

Praktika nach Studienabschluss sind eine Facette dieses Phänomens: Weil der von vielen AbsolventInnen angestrebte Übergang in eine dauerhafte, finanziell abgesicherte Beschäftigung zunächst nicht gelingt, treten sie nach erfolgreichem Abschluss des Studiums erst einmal ein Praktikum an. Die PraktikantInnen mit Hochschulabschluss erhoffen sich berufliche Orientierung und womöglich eine Übernahme. Welche Praktika diesen Hoffnungen gerecht werden und welche nicht, wie die AbsolventInnen ihre Situation erleben und welche Regulierungsvorschläge sie befürworten, haben Heidemarie Hecht, Absolventenforscherin an der Freien Universität Berlin, und Boris Schmidt in der Studie *„Generation Praktikum 2011“* untersucht.<sup>1</sup>

### Keine Randerscheinung

Hecht und Schmidt befragten im Herbst und Winter 2010 insgesamt 674 AbsolventInnen der Universitäten Hamburg, Rostock, Köln und der FU Berlin mit einem Online-Fragebogen. Die Untersuchung ist nicht repräsentativ, der umfangreiche Fragebogen erlaubt aber umfassende Einblicke in die Erfahrungen von AbsolventInnen. Die befragten Jung-AkademikerInnen hatten ihr Studium im Jahr 2007 abgeschlossen, sodass die Untersuchung eine Berufseinstiegsphase von rund dreieinhalb Jahren abdeckt.

In der Stichprobe berichteten 38 Prozent der Befragten, in den dreieinhalb Jahren nach Studienabschluss ein oder mehrere Praktika, eine Hospitation, ein Volontariat oder eine andere praktikumsähnliche Beschäftigungsform absolviert zu haben, 29 Prozent haben in diesem Zeitraum ein oder mehrere "echte" Praktika gemacht. Aus methodischen Gründen seien diese Werte aber gegenüber Repräsentativbefragungen erhöht, betonen die Forscher. Sie gehen von knapp 20 Prozent PraktikantInnen unter allen Universitätsabsolventen aus.

Praktika zählen gleichwohl zu den verbreiteten ersten Beschäftigungen nach Studienabschluss: 28 Prozent der Befragten gaben an, direkt nach dem Abschluss ein Praktikum oder eine ähnliche Beschäftigungsform aufgenommen zu haben. Zum Vergleich: Unter den Befragten nannten nur 19 Prozent als erste Beschäftigung nach dem Studienabschluss eine unbefristete Stelle. 27 Prozent waren zunächst befristet beschäftigt. Auch wenn beide Werte in einer repräsentativen Stichprobe höher ausfallen dürften, seien Praktika nach Studienabschluss keineswegs Randerscheinungen, so die Forscher.

**Tabelle 1: Erste Tätigkeit nach Studienabschluss**

Art der Tätigkeit	männlich	weiblich	gesamt
Praktikum, Hospitation, Volontariat u. dgl.	24	32	28
Unbefristete abhängige Beschäftigung	26	14	19
Befristete abhängige Beschäftigung	27	27	27
Selbständ./freiberufl. Tätigkeit; Honorar-/Werkvertrag	11	11	11
Fortführung einer bereits ausgeübten Tätigkeit	5	10	8
Bis heute nicht erwerbstätig	6	7	7

Angaben in Prozent (Spaltenprozente). Quelle: Schmidt/Hecht 2011

### Großteil ist auf zusätzliche Einkommensquellen angewiesen

Rund 40 Prozent dieser Praktika sind der Studie zufolge unbezahlt, bei den bezahlten betrug der durchschnittliche Bruttolohn lediglich 3,77 Euro pro Stunde oder rund 550 Euro pro Monat. Ein Großteil der befragten PraktikantInnen mit Studienabschluss musste seinen Lebensunterhalt daher aus anderen Quellen finanzieren: 56 Prozent erhielten finanzielle Unterstützung von ihren Eltern, jeweils 43 Prozent brauchten eigene Ersparnisse auf oder hatten noch einen Zusatzjob. 23 Prozent mussten Unterstützung ihres Partners oder ihrer Partnerin in Anspruch nehmen. 22 Prozent waren während des Praktikums auf Sozialleistungen angewiesen.

Wer nach dem Abschluss als Praktikant arbeitet, tut das nach den Ergebnissen der Befragung im Durchschnitt über knapp fünf Monate. 55 Prozent der Praktika dauern bis zu drei Monate, weitere 32 Prozent drei bis sechs Monate. Immerhin neun Prozent der untersuchten Praktika dauern länger als neun Monate. Die Häufigkeit von Praktika nach der Abschlussprüfung hängt stark von der Studienrichtung ab: Überdurchschnittlich verbreitet waren Praktika unter AbsolventInnen der geistes-, kultur- und sozialwissenschaftlichen Fächern. Von ihnen durchlaufen zwischen 36 und 43 Prozent mindestens eine Praktikums-Phase. Bei WirtschaftswissenschaftlerInnen und JuristInnen sind es 23 bzw. 34 Prozent, unter NaturwissenschaftlerInnen 20 Prozent. Am seltensten müs-

sen frisch diplomierte IngenieurInnen Praktika absolvieren: Das tun nur fünf Prozent. Hochschul-Absolventinnen absolvieren häufiger Praktika als männliche Jung-Akademiker.

### Bewertung unterschiedlich

22 Prozent der befragten Praktikanten mit Abschluss erhielten nach ihrem Praktikum ein Angebot, in eine unbefristete oder befristete Tätigkeit übernommen zu werden – mehr als doppelt so viele hatten sich das bei Aufnahme des Praktikums erhofft. Dabei hatten 75 Prozent der Praktikanten den Eindruck, dass ihre Arbeit im Betriebsablauf fest eingeplant war. Angemessen bezahlt fühlten sich nur 17 Prozent. Auch bei der Gestaltung des Praktikums machten etliche Befragte Defizite aus: "Meinen Interessen und Wünschen wurde im Praktikumsverlauf Rechnung getragen" oder: "Ich wurde angemessen betreut" – diese Aussagen bejahten lediglich 55 bzw. 52 Prozent der Befragten. Ein strukturierter Praktikumsplan lag nur einem Viertel der untersuchten Praktika zugrunde.

Gleichwohl wurde gut die Hälfte aller Praktika von den Praktikanten als hilfreich für ihre berufliche Entwicklung wahrgenommen. Zu diesen "guten" Praktika

**Tabelle 2: Dauer postgradueller Praktika**

Zeitraum	Anteil in Prozent
Bis 3 Monate	55
Über 3 bis 6 Monate	32
Über 6 bis 9 Monate	4
Über 9 Monate	9

Quelle: Schmidt/Hecht 2011

zählt insbesondere ein Typus, dem 16 Prozent der in der Studie erhobenen Praktika zugerechnet werden. Die PraktikantInnen leisten vollwertige Arbeit und erhalten dafür sorgfältige Betreuung und, so die Forscher, "eine zumindest annähernd angemessene Bezahlung". Allerdings wurden auch Praktika ohne Vergütung positiv bewertet - wenn sich die PraktikantInnen gut betreut fühlten und interessante Tätigkeiten kennenlernen konnten.

Am anderen Ende der Skala stehen rund 20 Prozent aller Praktika, die als schlecht bewertet wurden. Die Hälfte davon trägt Züge von Ausbeutung als "billige Arbeitskraft": Die Arbeit der PraktikantInnen ist vom Betrieb voll eingeplant, ohne dass eine Gegenleistung geboten wird - weder finanziell noch in Form von Lerngewinnen. Ein weiteres Viertel aller Praktika schneidet im Urteil der PraktikantInnen mittelmäßig ab. Die Begleitung ist zwar schlecht, die Bezahlung bestenfalls gering. Trotzdem finden die PraktikantInnen, dass sich "nebenbei" einiges lernen ließ.

**Trends: Weniger unbezahlte Praktika, geringere Durchschnittsvergütung**

"Generation Praktikum 2011" ist die zweite von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie dieser Art. Die Vorläuferbefragung wurde 2007 veröffentlicht. Da die Stichproben nicht repräsentativ sind und die Befragung methodisch weiterentwickelt wurde, sind die Ergebnisse nur eingeschränkt vergleichbar. Gleichwohl zeichnen sich einige Trends ab: Positiv ist, dass weniger AbsolventInnen zwei und mehr Praktika machen mussten, sowie der geringere Anteil unbezahlter Praktika, der in der 2007er Untersuchung noch bei rund 50 Prozent lag.

Zugleich sank aber auch der durchschnittliche Stundenlohn bei den entlohnten Praktika. Die ForscherInnen erklären das so: Mehr Betriebe bezahlen Praktika, beschränken sich dabei allerdings oft auf niedrige Be-

träge um 300 Euro pro Monat. In den Branchen Kunst & Kultur, Hochschule und Forschung sowie Gesundheit und Soziales sind unbezahlte Praktika nach wie vor besonders weit verbreitet: Hier arbeiten bis zu zwei Dritteln der Praktikanten umsonst.

**Keine Karrierebremsen, aber auch kein sicherer Einstieg**

Kurzfristig, so die ForscherInnen, starten AbsolventInnen, die Praktika machen müssen, "mit einem gewissen Nachteil ins Berufsleben". Auf längere Sicht gleiche sich ihre berufliche Entwicklung aber tendenziell derjenigen an, die AbsolventInnen ohne Praktika genommen haben. "Praktika sind keine Karrierebremsen, aber auch kein sicherer Einstieg", schreiben Hecht und Schmidt in ihrem Resümee.

Am Ende der untersuchten Berufseinstiegsphase, also dreieinhalb Jahre nach dem Abschluss, seien in beiden Gruppen rund 90 Prozent der Absolventen "in eine annähernd stabile berufliche Beschäftigungssituation gelangt." Allerdings war das auch dann nur bei 36 Prozent aller Befragten gleichbedeutend mit einer unbefristeten Stelle. Hier war der Anteil unter den AbsolventInnen mit Praktikumserfahrung mit 30 Prozent spürbar niedriger. 28 Prozent aller befragten AbsolventInnen waren nach gut drei Jahren befristet beschäftigt, 12 Prozent arbeiteten freiberuflich oder selbständig. 21 Prozent machten eine Zusatzausbildung oder schrieben an ihrer Promotion.

**Mindestvergütung erwünscht**

68 Prozent der befragten Ex-PraktikantInnen erlebten die Praktika nach dem Abschluss als prekäre Beschäftigung, 56 Prozent bezeichnen sie gar als "moderne Form der Ausbeutung". Auf der anderen Seite sind auch positive Einschätzungen verbreitet: 61 Prozent der befragten Ex-PraktikantInnen sprechen von einer "guten Möglichkeit, um den Berufseinstieg zu schaffen". 80 Prozent heben "die Möglichkeit, zusätzliche Qualifikationen zu erwerben" hervor.

Diese Ambivalenz zeigt sich auch bei der Zustimmung zu Ideen, Praktika nach Studienende stärker zu regulieren. 78 Prozent aller Befragten sind für regelmäßige Kontrollen, bei denen geprüft werden soll, ob Praktikumsplätze reguläre Stellen verdrängen. 76 Prozent votieren dafür, unbezahlte Praktika zu verbieten und eine Mindestvergütung festzulegen. 56 Prozent finden,

**Tabelle 3: Monatliche Bruttovergütung**

Monatliches Bruttoentgelt	Anteile in Prozent
Unbezahlt	40
Bis 200 Euro	6
Über 200 bis 400 Euro	23
Über 400 bis 600 Euro	9
Über 600 bis 800 Euro	13
Über 800 bis 1.000 Euro	6
Über 1.000 Euro	3

Quelle: Schmidt/Hecht 2011

dass das durch einen branchenübergreifenden Tarifvertrag mit einer Vergütungsregelung für Praktika geschehen sollte. Andererseits halten es 43 Prozent der Befragten für richtig, es Praktikumsanbietern und Praktikanten zu überlassen, wie der Praktikumsaufenthalt ausgestaltet wird.

Offenbar gehe es den befragten AbsolventInnen vor allem darum, eklatante Missstände durch mehr Regulierung abzustellen, schließen die ForscherInnen. In diese Richtung gehen auch zwei weitere Vorschläge, die relativ viel Zustimmung finden. So halten 60 Prozent der Befragten die Einrichtung einer zentralen Anlaufstelle für Praktikanten für eine gute Idee. Lediglich 17 Prozent sind dagegen. Und 45 Prozent der

Befragten sprechen sich für "Praktikantenvertretungen" in Betrieben mit vielen Praktika aus.

*Quelle: Studie zum Berufseinstieg von Akademikern. Pressemitteilung der Hans-Böckler-Stiftung, 04.05.2011*

#### Anmerkung

- 1 Boris Schmidt, Heidemarie Hecht: Generation Praktikum 2011. Praktika nach Studienabschluss: Zwischen Fairness und Ausbeutung. Die Studie wurde von der Hans-Böckler-Stiftung und der DGB-Jugend gefördert. Download der Kurzversion: [www.boeckler.de/pdf/pm\\_2011\\_05\\_04\\_praktikumreport\\_kurz.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/pm_2011_05_04_praktikumreport_kurz.pdf)  
Download der Langfassung: [www.boeckler.de/pdf/pm\\_2011\\_05\\_04\\_praktikumreport\\_lang.pdf](http://www.boeckler.de/pdf/pm_2011_05_04_praktikumreport_lang.pdf)

## Geringqualifizierte am Arbeitsmarkt

**Österreich entwickelt sich zunehmend zu einer Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft. Das hat zur Folge, dass weniger wissensintensive Beschäftigungsfelder an Bedeutung verlieren und sich die Nachfrage auf Arbeitskräfte mit höherer Qualifikation verlagert. Für gering qualifizierte Personen sinken daher die Arbeitsmarktchancen und das Arbeitslosigkeitsrisiko steigt.**

Als Geringqualifizierte werden erwerbsfähige Personen bezeichnet, die keinen höheren Abschluss als die Sekundarstufe I (Hauptschule, AHS-Unterstufe, Sonderschule) und somit auch keine Berufsausbildung haben. Obwohl die Folgen des Strukturwandels schon seit längerem bekannt sind, bleibt nach wie vor ein hoher Anteil der Bevölkerung ohne Berufsausbildung.

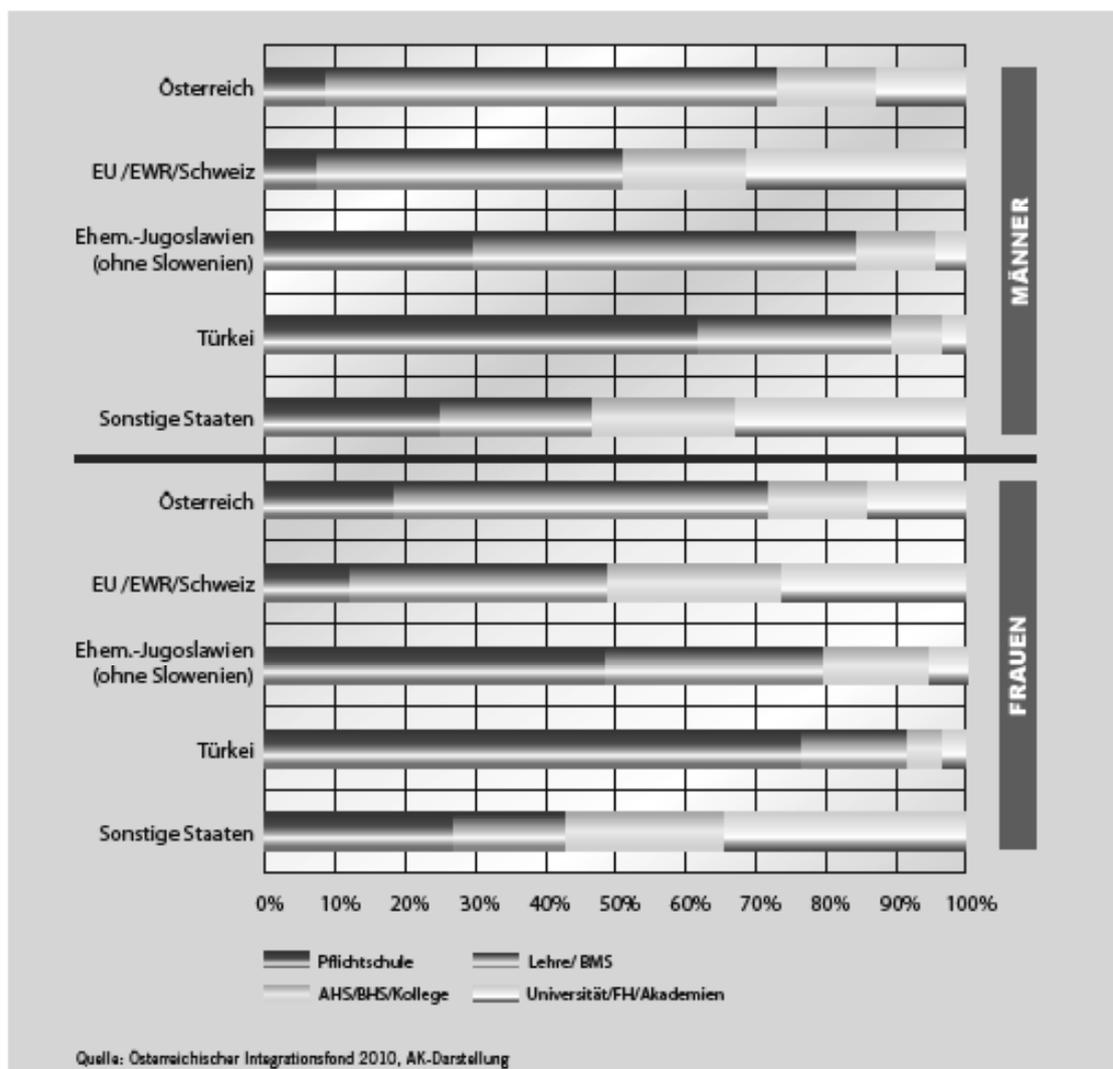
### Bildungsstand der Bevölkerung in Österreich

Von den 4,596.900 Personen im Alter zwischen 25 und 64 Jahren verfügten im Jahr 2009 16,7 Prozent über keine formale berufliche Ausbildung. Das ist jede sechste Person in Österreich. Es gibt jedoch deutliche Unterschiede hinsichtlich Nationalität und Geschlecht. So ist das Bildungsniveau von in Österreich lebenden Staatsangehörigen aus der EU, dem EWR und der Schweiz relativ hoch. Nur 7,3 Prozent der Männer und 11,9 Prozent der Frauen aus diesen Her-

kunftsregionen hatten ausschließlich die Pflichtschule abgeschlossen. Gleichzeitig hatten 31,6 Prozent der Männer und 26,4 Prozent der Frauen einen Universitätsabschluss. Ein anderes Bild zeigt sich bei Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien und der Türkei. 61,4 Prozent der türkischen Männer und 76,4 Prozent der türkischen Frauen haben ihre Ausbildung mit der Pflichtschule beendet. Bei den Staatsangehörigen aus dem ehemaligen Jugoslawien sind es 29,4 Prozent der Männer und 48,3 Prozent der Frauen. Es zeigt sich, dass der Anteil der ausländischen Staatsbürger/innen ohne weiterführende Ausbildung mit 31,3 Prozent deutlich höher ist als bei österreichischen Staatsbürger/innen (13,3 Prozent). Auf der anderen Seite haben Personen mit nicht österreichischer Staatsbürgerschaft auch häufiger Matura oder einen Abschluss über die Matura hinaus. Handlungsbedarf besteht laut Arbeiterkammer daher insbesondere im mittleren Ausbildungssegment, damit mehr Jugendliche mit Migrationshintergrund eine Lehrausbildung oder eine berufsbildende mittlere Schule abschließen können.

Sämtliche Beschäftigungsprognosen transportieren eine klare Botschaft: Der wirtschaftliche Strukturwandel führt zu einer verstärkten Nachfrage nach höher qualifizierten Arbeitskräften. Alleine in Oberösterreich entfällt mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses auf Arbeitsplätze, die zumindest Matura erfordern. Den geringsten jährlichen Zuwachs gibt es mit 0,5 Prozent bei der Nachfrage nach Arbeitskräften mit maximal Pflichtschulabschluss. Bei Berufen, die einen Lehr- oder Fachabschluss voraussetzen, beträgt das Beschäftigungswachstum 0,8 Prozent jährlich.

### Bildungsstand der 25- bis 64-jährigen Bevölkerung (Österreich, 2009)



Deutlich höher ist die Zuwachsrate bei Berufen mit Maturaabschluss. Hier kommt es zu einem jährlichen Anstieg von 1,7 Prozent. Ähnlich stark gewinnen auch akademische Berufe an Bedeutung. Überdurchschnittlich stark wächst die Zahl der Berufe mit Leitungsfunktionen (plus 1,4 Prozent pro Jahr). Da die Qualifikationsanforderungen an diese Gruppe sehr unterschiedlich sind, kann ihr kein eindeutiges Qualifikationsniveau zugeordnet werden. Es ist davon auszugehen, dass sich dieser Trend auch nach dem Jahr 2012 fortsetzen bzw. noch verstärken wird.

#### Arbeitsmarktrisiken von Geringqualifizierten

Gering qualifizierte Menschen sind mit einer äußerst schwierigen Arbeitsmarktlage konfrontiert. In Ober-

österreich ist das Risiko, arbeitslos zu werden, für Personen ohne Berufsausbildung 2,8 Mal so hoch wie für Personen, die eine Lehrausbildung abgeschlossen haben. Mit einer Arbeitslosenquote von fast 13 Prozent ist das Arbeitslosigkeitsrisiko für gering qualifizierte Männer noch höher als für Frauen (9,2 Prozent). Zu erklären ist dieser Unterschied unter anderem damit, dass sich ein höherer Teil der gering qualifizierten Frauen außerhalb des Arbeitskräftepotenzials befindet. Sie sind vermehrt im Haushalt tätig und melden sich beim Arbeitsmarktservice seltener als arbeitsuchend, da sie entweder keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld haben oder sich kaum Jobchancen ausrechnen. Auffallend ist gleichzeitig die etwas höhere Arbeitslosenquote von Frauen mit Lehrab-

schluss (4,4 Prozent) gegenüber der Arbeitslosenquote von Männern mit der gleichen Qualifikation (3,7 Prozent). Dies ist hauptsächlich auf die unterschiedlichen Branchen zurückzuführen, in denen weibliche und männliche Lehrabsolventen/innen traditionell arbeiten.

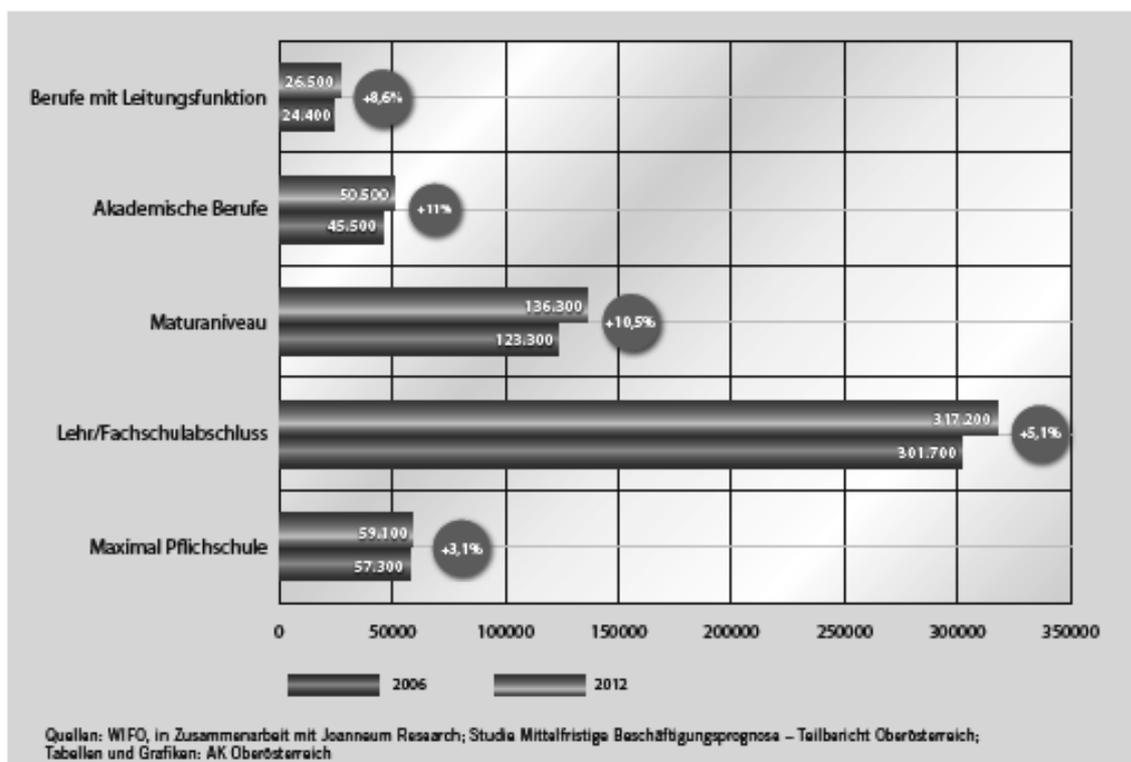
Ein Blick auf die Altersstruktur verdeutlicht, dass eine fehlende Berufsausbildung in jeder Lebensphase ein hohes Arbeitslosigkeitsrisiko in sich birgt. Von den 29.591 arbeitslosen Personen im Jahr 2010 in Oberösterreich verfügten 13.451 Personen oder 45 Prozent über keinen Abschluss über die Pflichtschule hinaus. Da sich Jugendliche bis 19 Jahre noch häufig in Ausbildung befinden, ist in diesem Alter der Anteil an Arbeitslosen ohne Berufsausbildung zwangsläufig überdurchschnittlich. Aussagekräftiger in Bezug auf die Qualifikationsstruktur arbeitsloser Jugendlicher ist die Altersgruppe zwischen 20 und 24 Jahren. Hier zeigt sich, dass mehr als ein Drittel der arbeitslosen Jugendlichen keine formelle Ausbildung abgeschlossen haben. Dies ist für die Arbeiterkammer ein deutliches Signal, dass unser Bildungs- und Ausbildungssystem noch nicht in der Wissens- und Dienstleistungsgesellschaft angekommen ist. Ebenso stehen

ältere Arbeitnehmer/innen vor der Herausforderung, den steigenden Qualifikationsanforderungen nachzukommen. Mit rund 51 Prozent ist jede zweite arbeitslose Person zwischen 50 und 64 Jahren ohne Berufsabschluss. Besonders hoch ist der Anteil von Geringqualifizierten bei Arbeitslosen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Der Anteil arbeitsloser Personen mit maximal Pflichtschulabschluss ist bei nicht österreichischen Staatsbürgern/innen mit durchschnittlich 73 Prozent fast doppelt so hoch wie bei österreichischen Staatsbürgern/innen. Die Anpassung an die gestiegenen Qualifikationsanforderungen auf dem Arbeitsmarkt erscheint demnach als wichtiges Element zur Steigerung von individuellen Arbeitsmarktchancen.

### Erwachsenenbildung

Im Hinblick auf die angestrebte Anhebung des effektiven Pensionsantrittsalters sind verstärkte Anstrengungen zur (nachträglichen) Höherqualifizierung der Erwachsenen notwendig. Wie bereits aufgezeigt wurde, haben ältere Arbeitnehmer/innen nur mit aktueller und besserer Qualifikation gute Chancen auf Beschäftigung. Die AK fordert daher, dass die Rahmenbedingungen für Weiterbildungen so attraktiv

## Beschäftigte nach Ausbildungsanforderungen (Oberösterreich, Prognose 2006 bis 2012)



gestaltet werden, dass sie bis ins hohe Alter in Anspruch genommen werden. Derzeit ist die Weiterbildungsbeteiligung bis zum Alter von 34 Jahren mit rund 13 Prozent der Bevölkerung in Österreich relativ konstant. Anschließend sinkt sie mit steigendem Alter kontinuierlich. Auffallend ist die deutlich höhere Weiterbildungsbereitschaft von Frauen gegenüber jener von Männern. Während im Schnitt 10,2 Prozent der Frauen an Kursen und Schulungen teilnehmen, sind es bei den Männern nur 8,9 Prozent.

### **12.000 Jugendliche mit akutem Qualifikationsbedarf**

Laut Institut für Soziologie der JKU Linz zählten in Oberösterreich im Jahr 2009 rund 12.000 Jugendliche im Alter von 18 bis 24 Jahren zu den frühen Schulabgängern/innen (vgl. Beitrag Bacher). Sie haben somit akuten Qualifikationsbedarf. Der demografische Wandel wird an diesem Bedarf nur sehr wenig ändern. Die mittelfristige Prognose von Synthesis geht von einem Anteil der Jugendlichen ohne weiterführende Ausbildung in Oberösterreich für das Jahr 2013 von 13,7 Prozent und für das Jahr 2018 von 14,1 Prozent aus. Die Senkung dieses Anteils wird ohne Lösung des Kernproblems des österreichischen Bildungssystems nicht möglich sein. Nach wie vor ist der Zusammenhang zwischen der Bildung der Eltern und jener der Kinder äußerst stark ausgeprägt. So ist das Risiko von Jugendlichen, deren Eltern keine Berufsausbildung haben, selbst keine Berufsausbildung abzuschließen, fünffach erhöht. Die Dringlichkeit der Höherqualifizierung von Jugendlichen ohne Berufsausbildung ist für die AK daher offensichtlich.

Laut Institut für höhere Studien ist das Arbeitslosigkeitsrisiko von frühen Schulabgängern/innen dreieinhalb Mal so hoch, die Wahrscheinlichkeit, ausschließlich Hilfstätigkeiten auszuüben, vier Mal so groß und das Risiko, sich außerhalb des Arbeitskräftepotenzials zu befinden, ist fünf Mal so hoch wie bei Jugendlichen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung. Der Interventionsbedarf bei Jugendlichen ist nicht nur aus arbeitsmarktpolitischen Gründen notwendig, sondern auch gesellschaftspolitisch vernünftig, argumentiert die AK. Denn derart schlechte Arbeits- und Lebensperspektiven können Jugendliche zu Drogenkonsum, Kriminalität und Gewalttaten veranlassen und die Gesellschaft destabilisieren. Hinzu kommt, dass Bildung und Ausbildung aufbauende Prozesse sind. Das heißt, je früher Qualifizierungsangebote ansetzen, desto wirksamer und kostengünstiger sind sie. Die Betrachtung der Erwerbskarrieren von Jugendlichen ohne weiterführende Ausbildung zeigt, dass die

Jugendlichen durchaus ein Interesse an einer voll qualifizierten Ausbildung haben. Fast 70 Prozent der oberösterreichischen Jugendlichen ohne weiterführende Ausbildung haben nach der Schulpflicht eine Ausbildung begonnen, diese aber abgebrochen. 22 Prozent der Jugendlichen mit akutem Qualifikationsbedarf haben direkt nach Erfüllung der Schulpflicht eine Beschäftigung aufgenommen. Weitere neun Prozent der Jugendlichen mit akutem Qualifikationsbedarf zählen zu den Erwerbsfernen. Darunter versteht man Jugendliche, die bereits einmal als Hilfsarbeitskraft tätig waren, aber nun nur mehr wenige Tage im Jahr in einem Beschäftigungsverhältnis stehen.

### **Investitionen in Höherqualifizierung rechnen sich**

Bildungsinvestitionen haben nicht nur einen individuellen Nutzen, sondern zahlen sich auch gesamtgesellschaftlich und ökonomisch aus. Laut Synthesis erzielt ein/e Arbeitnehmer/in mit Lehrausbildung im Alter von 30 Jahren ein mittleres Jahreseinkommen (Median) von 26.500 Euro und verdient somit um fast 7.500 Euro mehr als ein/e Arbeitnehmer/in ohne Lehrausbildung im gleichen Alter. Das ist ein um ein Drittel höheres mittleres Jahreseinkommen bereits im Alter von 30 Jahren. Dadurch steigen die öffentlichen Einnahmen aus Sozialversicherung und Lohnsteuer um rund 3.300 Euro pro Jahr und Person. Eine Qualifizierungsoffensive würde sich für den Staat schnell lohnen. Hinzu kommt, dass sich die Höherqualifizierung der Bevölkerung auch positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt. So berechneten Bacher et al (2010), dass eine Reduktion des Anteils früher Schulabgänger/innen um einen Prozentpunkt zu einer Zunahme des Wirtschaftswachstums um 0,2 Prozentpunkte führen würde.

### **Resümee**

Durch den Strukturwandel wächst der Druck auf die Arbeitnehmer/innen, sich den Veränderungen im Qualifikations- und Kompetenzbedarf anzupassen. Die Arbeitsmarktrisiken von gering qualifizierten Arbeitnehmern/innen in (Ober-)Österreich sind gravierend. Das Fehlen einer Berufsausbildung geht meist einher mit häufiger Arbeitslosigkeit, hoher Konkurrenz, geringerem Einkommen und instabilen Beschäftigungsverhältnissen. Unsere Gesellschaft kann und soll es sich nicht leisten, so die AK, dass sich die Arbeits- und Lebensperspektiven eines relativ hohen Teiles der Bevölkerung zunehmend verschlechtern. Akuter Handlungs- und Qualifikationsbedarf besteht insbesondere bei Jugendlichen und Menschen mit

Migrationshintergrund. Hier geht es nicht nur um Arbeitsmarktchancen, sondern vor allem auch um den sozialen Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Die Chancen auf existenzsichernde und erfüllende Beschäftigung stehen immer im Zusammenhang mit sozialer Teilhabe. Bekannt ist, dass sich Menschen, die frühzeitig aus dem Bildungs- bzw. Ausbildungssystem

ausscheiden, seltener für ihre Mitmenschen oder in humanitären Organisationen engagieren. Auch ihr Interesse an Politik und Wahlen ist geringer.

*Quelle: Quartalsanalyse der AK Oberösterreich / Mai 2011. Schwerpunkt: Geringqualifizierte auf dem Arbeitsmarkt*

## Grundtvig: Zweite Chance durch Erwachsenenbildung

**Im September des Vorjahres wurde in Kopenhagen mit mehreren Veranstaltungen der zehnte Jahrestag von Grundtvig begangen, dem EU-Programm für Erwachsenenbildung. Dank dieses Programms zur Förderung von Lehrgängen und von Mobilität zu Lernzwecken können Erwachsene ihre Kompetenzen und ihre Beschäftigungsfähigkeit verbessern. Im vergangenen Jahrzehnt wurden im Rahmen des Programms 370 Mio. Euro in die Erwachsenenbildung investiert und an entsprechende Organisationen 17.000 Finanzhilfen ausgezahlt, wovon um die 500.000 TeilnehmerInnen profitiert haben dürften.**

„Durch Grundtvig erhalten Erwachsene jeglichen Alters eine zweite Chance, Kompetenzen und Qualifikationen zu erwerben, die ihre Beschäftigungsaussichten und ihre individuelle Entwicklung verbessern“, erklärte Androulla Vassiliou, EU-Kommissarin für Bildung, Kultur, Mehrsprachigkeit und Jugend. Sie traf im Rahmen der Konferenz zum zehnten Jahrestag des Programms am 23. September 2010 in Kopenhagen mit Grundtvig-Begünstigten und mit ExpertInnen der Erwachsenenbildung zusammen. „Das Programm fördert die verschiedensten Organisationen, wobei der Nachdruck auf der Unterstützung besonders benachteiligter Erwachsener liegt. Es bildet ein zentrales Element der von der Europäischen Kommission verfolgten Strategie für lebenslanges Lernen und leistet einen Beitrag zu unserer Initiative „Jugend in Bewegung“ und den Europa-2020-Zielen für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum,“ betonte Vassiliou. Die EU-Kommission ist überzeugt, dass diese Förderung heute notwendiger ist denn je, trage

sie doch dazu bei, die Krise zu überwinden und Wachstumspotenziale zu mobilisieren, indem denjenigen Menschen, die in der Vergangenheit Chancen verpasst haben, eine bessere Zukunft ermöglicht wird.

### Wer war Grundtvig?

Das Programm ist nach dem dänischen Philosophen, Theologen und Pädagogen Nikolaj Grundtvig (1783–1872) benannt. Er gilt als der „Vater“ der Volkshochschulbewegung, die in Dänemark in der Mitte des 19. Jahrhunderts ihren Anfang nahm und sich über die nordischen Staaten in viele andere Länder ausbreitete.

Grundtvig setzte sich mit Nachdruck für die Bildung von Erwachsenen ein, damit diese einen besseren Beitrag zur Gesellschaft leisten können. Er war der Überzeugung, dass das Lernen in der Schule seine Grenzen hat und dass das wahre Lernen in der Schule des Lebens erfolgt – dass wir also durch das Leben und für das Leben lernen.

### Ziele und Zielgruppen

Das Programm Grundtvig unterstützt Erwachsene, welche die Schule ohne oder mit einem niedrigen Abschluss verlassen haben, und fördert Lehrende, Auszubildende und andere Beschäftigte von Zentren und Vereinen, Beratungseinrichtungen, Informationsdiensten, NGOs, Unternehmen, Freiwilligengruppen und Forschungszentren, die in der Erwachsenenbildung aktiv sind. Die Zielgruppen können somit aus allen Bereichen der Erwachsenenbildung kommen. Antragsberechtigt sind Einrichtungen sowie deren Beschäftigte, sofern es sich um Mobilität handelt (direkte Zielpersonen), wie Lehrende, Multiplikatoren, WissenschaftlerInnen oder SozialarbeiterInnen, sowie diejenigen, die mit Erwachsenen oder benachteiligten Jugendlichen (indirekte Zielgruppen) arbeiten.

Das Programm dient konkret dazu,

- die Qualität von Lehrgängen zu verbessern und die Mobilität der Lernenden sowie der Lehrkräfte

und des sonstigen in der Erwachsenenbildung tätigen Personals zu steigern;

- zu gewährleisten, dass Menschen am Rande der Gesellschaft Zugang zur Erwachsenenbildung erhalten, insbesondere ältere Menschen und Menschen ohne Grundqualifikation;
- die Zusammenarbeit zwischen den in der Erwachsenenbildung tätigen Organisationen zu verbessern;
- innovative Verfahren für die Erwachsenenbildung und deren Management zu entwickeln und ihre Verbreitung zu fördern;
- IKT-gestützte Lerninhalte, Dienste und Verfahren zu unterstützen.

### Geförderte Aktivitäten

Konkret kann im Rahmen des Programms Grundtvig Folgendes gefördert werden:

- *Mobilität von Einzelpersonen, einschließlich angemessener Vorbereitung, Begleitung und Unterstützung:* Gefördert werden Aufenthalte von Lehrkräften und Personal in der Erwachsenenbildung in einem anderen europäischen Land.
- *"Grundtvig-Lernpartnerschaften" zu Themen von gemeinsamem Interesse:* Hier arbeiten Lehrende und Lernende aus mindestens drei teilnehmenden Staaten zusammen an einem oder mehreren Themen, die für die Partnerorganisationen von gemeinsamem Interesse sind. Dieser Austausch von Erfahrungen, Verfahren und Methoden soll zum gesteigerten Bewusstsein für die kulturelle, soziale und wirtschaftliche Vielfalt Europas und zu einem verbesserten Verständnis für die Bereiche gemeinsamen Interesses in der Erwachsenenbildung beitragen.
- *Multilaterale Projekte zur Verbesserung der Erwachsenenbildungssysteme:* Diese dienen der Verbesserung von Erwachsenenbildungssystemen durch die Entwicklung und den Transfer von Innovationen und vorbildlichen Verfahren. Multilaterale Projekte sollen darauf abzielen, hochwertiges Lehr- und Lernmaterial sowie innovative Lehrmethoden zu entwickeln und in Bereichen wie Anerkennung von Kenntnissen und Fähigkeiten, Orientierung und Beratung im Bereich der Erwachsenenbildung geeignete Lösungen oder Informationstools zu konzipieren.
- *Thematische "Grundtvig-Netze" aus ExpertInnen und Organisationen:* Dies betrifft Netzwerke, welche die Erwachsenenbildung in dem sie betreffenden Fach, Themenbereich oder Management-

aspekt entwickeln, einschlägige bewährte Verfahren und innovative Konzepte ermitteln, verbessern und verbreiten, inhaltliche Unterstützung für Projekte und Partnerschaften bereitstellen und die Entwicklung von Bedarfsanalysen und Qualitätssicherung fördern.

- *Flankierende Maßnahmen:* Hierunter sollen Aktivitäten ermöglicht werden, die im Sinne der Ziele des Programms sind, aber in den anderen Maßnahmentypen nicht gefördert werden können, beispielsweise Aktivitäten für die bessere Verbreitung von Projektergebnissen, Informationsoffensiven zum Thema Erwachsenenbildung.
- *Innovation und Kreativität:* Grundtvig unterstützt innovative und kreative Kooperationsmaßnahmen zwischen europäischen PartnerInnen.
- *Grundtvig Workshops:* Diese Aktion fördert die themenbezogene Zusammenarbeit in einem Projekt von Einrichtungen aus drei verschiedenen EU-Ländern. In einem zweijährigen Projekt tauschen sich die ProjektpartnerInnen über die Rahmenbedingungen, konkrete Fragestellungen und Best Practice Beispiele in ihren Ländern aus.
- *Grundtvig Assistenz:* Diese Aktion ermöglicht zukünftigen oder bereits tätigen ErwachsenenbildnerInnen, für einige Monate in einer Erwachsenenbildungs-Einrichtung in einem anderen Land zu arbeiten.
- *Grundtvig Besuche und Austausch:* Personal von Erwachsenenbildungseinrichtungen, das sich auf europäischer Ebene mit KollegInnen austauscht, andere EB-Einrichtungen besucht oder an einer Konferenz teilnehmen möchte, kann eine Förderung über diese Aktion beantragen.
- *Freiwilligenprojekte 50+:* Diese Aktion ermöglicht BürgerInnen ab 50 Jahren, ihr Wissen und ihre Erfahrung in einer Organisation der Erwachsenenbildung in einem anderen Land einzubringen.

### Zwischenbilanz

Das Programm Grundtvig ist für den Zeitraum 2007 bis 2013 mit insgesamt 415 Mio. Euro ausgestattet. 2009 wurden 62 Mio. Euro an 1.540 Organisationen ausgezahlt, die an Lernpartnerschaften mitwirkten. Insgesamt waren 26.000 Einzelpersonen in ganz Europa an Lernpartnerschaften und anderen Mobilitätsmaßnahmen beteiligt.

Seit dem Jahr 2000 wurden knapp 14.000 Finanzhilfen an Organisationen gezahlt, die an mehr als 3.000 Lernpartnerschaften mitwirkten. Viele erhielten durch Grundtvig zum ersten Mal Gelegenheit, mit

### Grundtvig-Projekt "E-DysGate – Stärke Deine Sinne!"

Viele Menschen kennen Legasthenie lediglich als eine Lese- und Schreibschwäche (LRS). Doch die Ursachen für diese Schwächen sind neurologische Abweichungen beim Erlernen und Anwenden bestimmter Fähigkeiten. Sie beeinflussen daher auch viele andere Bereiche des täglichen Lebens. Mit interaktiven Übungen können Betroffene diese Fähigkeiten trainieren.

Legasthenie (oder Dyslexie) ist eine lebenslange genetische Disposition. Für das Training von jungen legasthenen Erwachsenen müssen Betroffene sowie TrainerInnen derzeit in der Regel auf Materialien für Kinder zurückgreifen. Das Üben mit "kindlichen" Inhalten ist für junge legasthene Erwachsene in den meisten Fällen so demotivierend, dass sie das Legasthenie-Training ganz verweigern und lieber ihre Leistungsschwächen in Ausbildung und Beruf ertragen.

Forschungsergebnisse zeigen, dass eine Stärkung und Stimulierung von Sinneswahrnehmungen eine Voraussetzung für die Entwicklung komplexerer Schlüsselqualifikationen und somit von

großer Bedeutung für die Bewältigung von Beruf und Alltag ist. Im Rahmen des Projekts wurde daher eine motivierende interaktive Lernumgebung zum Training von Sinneswahrnehmungen für junge legasthene Erwachsene entwickelt. Die Übungen basieren auf einer starken Visualisierung, d.h. es wird wenig Sprache eingesetzt. Die Trainingsmaterialien können jederzeit vom Projektportal aufgerufen werden und sind somit leicht zugänglich. TrainerInnen können ihre Angebote qualitativ verbessern, indem sie die Übungen in ihre individuellen Angebote implementieren. Die teilnehmenden Institutionen kommen aus Österreich, Bulgarien, Dänemark, England und Spanien. Im Rahmen des Projekts entstehen motivierende und stimulierende Lernspiele, die vor allem Fähigkeiten direkt und indirekt ansprechen, welche für die berufliche Ausbildung legasthener Jugendlicher wichtig sind. Die Lernspiele können von jungen Erwachsenen in ganz Europa gespielt werden, da sie nicht auf den Grundsätzen einer speziellen Sprache beruhen. Sie wurden in enger Zusammenarbeit mit Betroffenen entwickelt.

ähnlichen Einrichtungen anderswo in Europa zusammenzuarbeiten.

In den vergangenen zehn Jahren konnten 15.000 Lehrkräfte und andere an der Erwachsenenbildung Beteiligte dank einer Förderung durch Grundtvig eine berufsbegleitende Fortbildung absolvieren oder einen Lehrauftrag ausführen. Bis Ende 2013 dürfte diese Zahl auf mehr als 20.000 steigen.

Seit im Jahr 2009 neue Mobilitätsmöglichkeiten eröffnet wurden, haben rund 5.000 erwachsene Lernende aus 30 Ländern eine Finanzhilfe erhalten, um im Ausland Lernerfahrungen zu sammeln und an Freiwilligentätigkeiten teilzunehmen und so ihre Fähigkeit zur persönlichen Entwicklung erhöhen zu können.

Schwerpunktmäßig fördert das Programm Kooperationsprojekte und -netze, durch die innovative Konzepte der Erwachsenenbildung entwickelt und verbreitet werden. Seit Beginn des Programms wurden rund 700 Initiativen mit rund 4.000 Partnern in ganz Europa realisiert.

### Das Programm für lebenslanges Lernen

Grundtvig ist einer der vier Zweige des Programms für lebenslanges Lernen der Europäischen Kommission. Es ermöglicht Menschen in allen Phasen ihres Lebens, an Lernerfahrungen teilzunehmen, und trägt dazu bei, die allgemeine und berufliche Bildung in Europa weiterzuentwickeln. Die anderen drei Einzelprogramme sind Erasmus für die Hochschulbildung, Leonardo da Vinci für die Berufsbildung und Comenius für die Schulen.

Aus den vier Einzelprogrammen werden vielfältigste Aktivitäten finanziert, beispielsweise Austauschprojekte, Studienbesuche und Networking. Die Projekte richten sich zum einen an die einzelnen Studierenden und Lernenden, zum anderen an Lehrende, Auszubildende und andere im Bereich der allgemeinen und beruflichen Bildung tätige Personen. Insgesamt verfügt das Programm für lebenslanges Lernen im Zeitraum 2007 bis 2013 über 7 Mrd. Euro.

Das aktuelle Programm für Lebenslanges Lernen hat eine Laufzeit bis 31. Dezember 2013. Erste Überle-

gungen zur Gestaltung des Nachfolgeprogramms haben bereits begonnen. Die Europäische Kommission startete vom September bis November 2010 eine öffentliche Konsultation über ein zukünftiges Europäisches Programm im Bereich allgemeine und berufliche Bildung (Programm für lebenslanges Lernen) mit dem Ziel, Stellungnahmen – insbesondere bezüglich Grundprinzipien, Rahmen, operationelle Ziele und Gestaltung des neuen Programms – eines breiten Publikums einzuholen. Beteiligen konnten sich Privatper-

sonen und Fachleute sowie öffentliche und private Organisationen innerhalb der EU und in Staaten außerhalb der EU, die im Bereich allgemeine und berufliche Bildung tätig sind oder sich dafür interessieren. Für die zweite Jahreshälfte 2011 hat die Europäische Kommission eine Mitteilung über ein Nachfolgeprogramm in Aussicht gestellt.

*Quellen: EU Press Releases IP/10/1156, 22.09.2010; <http://erwachsenenbildung.at>*

## Lebenslanges Lernen in Österreich: Was empfehlen die ExpertInnen?

**Vortrag der Innsbrucker Erziehungswissenschaftlerin Lynne Chisholm beim Bildungsdialog der oberösterreichischen Sozialpartner, der am 10. März 2011 in Linz zum Thema „Lebenslanges Lernen: Zumutung, Herausforderung oder Chance?“ abgehalten wurde.<sup>1</sup>**

Täuschen wir uns nicht: Eine LLL-Strategie 2020, die den Namen verdient, muss im gesamten Bildungssystem Wirkung erzielen. Ihre Verwirklichung kann nur gelingen, wenn alle AkteurInnen gemeinsam handeln. Nicht umsonst unterstreicht der ET2020-Ratsbeschluss<sup>2</sup> – der LLL als erste unter vier strategischen Zielsetzungen benennt<sup>3</sup> – die Bedeutung der sektorübergreifenden Zusammenarbeit, sowohl im Bildungssystem selbst als auch zwischen den maßgeblichen politischen Ressorts. Die Einbindung der Sozialpartner ist in diesem Kontext genauso zu verstärken.<sup>4</sup> Diejenigen Mitgliedsstaaten, die gut entwickelte und umfassende LLL-Strategien vorweisen können, sind zugleich diejenigen, die bei den ET2010-Kernindikatoren zur Beteiligung am Bildungssystem zur Spitzengruppe gehören.<sup>5</sup> Bei der ET2010-Bestandsaufnahme pendelt Österreich jedoch am häufigsten um den EU27-Durchschnitt und ist nur in einer einzigen Hinsicht tatsächlich mit an der Spitze, nämlich bei der Teilnahmequote in der beruflichen Erstausbildung (IVET).

Das vergleichsweise gute Zeugnis bei den ET2010-Kernindikatoren ist trügerisch: Beim „Indikatorenbün-

del“ der ET2020-Bestandsaufnahme<sup>6</sup> befindet sich Österreich in sechs Fällen unter den angepeilten Benchmarkwerten. Herauszustreichen sind die relativen Angebots- und Teilnahmeschwächen bei der Vorschulbildung und im tertiären Sektor; der relativ hohe Anteil der RisikoschülerInnen laut PISA (um die 30 Prozent bei Lesen und Schreiben) sowie das leider auf PISA-Weltniveau angesiedelte geschlechtsspezifische Gefälle in den Naturwissenschaften, zuvorderst in der Physik; und die Drop-Out-Quote im Pflichtschulbereich, die sich eher verschlechtert als verbessert.

Schön, könnten die AkteurInnen (also auch die Sozialpartner) der beruflichen und betrieblichen Erst- und Weiterbildung meinen, bei uns läuft alles blendend: Österreich schneidet beim LLL-Benchmark und beim VET composite indicator recht gut ab.<sup>7</sup> Bei näherer Betrachtung verdankt sich aber, wie schon erwähnt, dieses gute Ergebnis der IVET-Beteiligung und insgesamt rangiert Österreich im oberen Mittelfeld – die nordischen Staaten und das Vereinte Königreich sind allen anderen Staaten weit voraus. Sich auf die Ungenauigkeit der vergleichenden Bildungs- und Sozialstatistik zu berufen ist keine adäquate Antwort. So ungenau ist sie einfach nicht.

Es gibt also einen evidenten<sup>8</sup> Handlungsbedarf und schon daher ist die Umsetzung einer nationalen Strategie für lebenslanges Lernen eine Herausforderung, der sich allen AkteurInnen zu stellen haben. Sehr nüchtern und eng betrachtet: Skills needs forecasting deutet auf eine rasche Verschiebung zu höher- und hochqualifizierten Berufsprofilen bzw. Arbeitsinhalten hin.<sup>9</sup> Derartige stark volkswirtschaftlich geleitete Begründungen für den Paradigmenwechsel hin zum lebenslangen Lernen als Leitprinzip des Bildungssystems und des (eigen)verantwortlichen Handelns aller BürgerInnen können jedoch sehr wohl als Zumutung

empfundener werden: Einerseits wird zweckfreie Bildung in die Ecke gedrängt, andererseits werden Menschen zum Lernen gezwungen – und dies in ihrer Freizeit und auf ihre eigenen Kosten. Ich komme weiter unten darauf zurück, weil eine LLL-Strategie wirklich gemeinsam getragen werden muss, um die gesellschaftliche Chance, die damit verbunden ist, fruchten zu lassen.

Auf der Plusseite verfügt Österreich somit über ein gutes und gefragtes IVET-System, eine vielfältige Angebotsstruktur in der allgemeinen Erwachsenenbildung und in der beruflichen Weiterqualifizierung, die auch für Arbeitssuchende, UmsteigerInnen und RückkehrerInnen offen steht.<sup>10</sup> Hinzu kommt eine Tradition des soliden Engagements der Sozialpartner in der betrieblichen Weiterbildung.<sup>11</sup> Insgesamt auffällig sind die gut entwickelten Angebotsstrukturen – Österreich bietet ein dichtes, wengleich recht verzweigtes System an.

Dem System fehlen allerdings die TeilnehmerInnen: Die Quoten sinken ab Ende der Pflichtschule bzw. mit Abschluss der Erstausbildung deutlich ab, während die AkademikerInnenquote sich im internationalen Schlusslichtbereich bewegt.<sup>12</sup> Eine bekanntlich ausgeprägte und vielschichtige soziale Schieflage bei Bildungschancen und -risiken<sup>13</sup> steht griffigen Lösungen im Wege – wobei die Architektur des Gesamtsystems horizontale und vertikale Durchlässigkeiten erschwert bzw. Gatekeeper-Praktiken zulässt, die bestehende Verbindungstüren realiter tendenziell zusperren.<sup>14</sup> Monetäre Barrieren im Weiterqualifizierungsbereich sind auch nicht zu vernachlässigen, wengleich die neue Förderinitiative Erwachsenenbildung eine deutliche Verbesserung für manche Schlüsselbereiche bringen wird.<sup>15</sup>

Es gilt vor allem, erstens, die strukturelle Durchlässigkeit mittels flexiblerer Lernwege deutlich zu verbessern. Neben dem Abbau institutionalisierter Zugangsbarrieren stehen die Anerkennung bzw. Validierung nicht-formal und informell erworbener Kenntnisse und Kompetenzen (u.a. mittels der Umsetzung eines kompetenzorientierten Nationalen Qualifikationsrahmens/NQR) sowie Lifelong Guidance (LLG) an vorderster Stelle. Diese Themen (LLL-Leitlinien 3 und 4) sind bei der Neustrukturierung der LLL-Leitlinien als Hauptwege in der LLL-Leitlinienpyramide verankert.<sup>16</sup>

Zweitens müssen Bildungsungerechtigkeiten, wie diese nach Geschlechts- und ethnischer Zugehörigkeit sowie sozialer Herkunft, Lebenslage und Lebensphase eindeutig vorhanden sind, unbedingt nachhaltig abgebaut werden. Diese Problematiken sind ex na-

tura Querschnittsthemen, die sich nicht gesonderten Schubladen zuordnen lassen.<sup>17</sup>

Drittens sind es keineswegs allein strukturelle und finanzielle Hürden, welche Bildungsteilnahmequoten dümpeln lassen und die Schere zwischen denjenigen, die sich ständig weiter bilden und qualifizieren, und denjenigen, die immer weniger teilnehmen (wollen), immer weiter öffnet. Bildung und Lernen braucht von Anfang an und fortwährend im Lebensverlauf mehr Anziehungskraft. Hier spielt die Berücksichtigung der Lebensphasenorientierung (LLL-Leitlinie 1) eine grundlegende Rolle: Bildungsangebote müssen vornehmlich auf Lebenswelten und Bedarfslagen zugeschnitten werden und nicht anders herum (LLL-Leitlinie 2 als Hauptweg).<sup>18</sup> Zugleich werden innovative Lehr-/Lernmethoden und -settings zur Schaltstelle des Erfolgs und bedürfen einer (Weiter-)Professionalisierung des Lehrpersonals in allen Bildungsbereichen – hier markiert die ‚LehrerInnen-Bildung neu‘ den Anfang, aber nicht das Ende.

Aus Sicht des ExpertInnenberichts stellen die 12 Aktionslinien sowie die unmittelbaren Aktionsempfehlungen die Quintessenz des Handlungsbedarfs dar.<sup>19</sup> Diese befinden sich zurzeit und weiterhin inmitten eines interministeriellen und politischen Diskussionsprozesses, der ihre Konsens- und Umsetzungsfähigkeit prüft und entsprechende Adaptionen vornimmt. FachexpertInnen, die es wagen, die Politik zu beraten, sind daran gewöhnt. Es ist Bestandteil des Berufsrisikos und des Rollenverständnisses, wahrzunehmen und manchmal auch zerknirscht annehmen zu müssen, das manches politisch nicht zu vermitteln oder durchzusetzen ist – trotz der rationalen Überzeugung der sachlichen Begründbarkeit und der wertbezogenen Sinnhaftigkeit der Handlungsempfehlungen. Die Polis ist anders konstruiert und das ist prinzipiell meistens gut so, um Oligarchien jeglicher Machart in Schach zu halten.

Persönlich würde ich gerne unterstreichen: Es lohnte sich und zwar gesamtgesellschaftlich, vernetzt und klug abgestimmt das Undenkbare zu denken und den Umbruch zu wagen. Hier lässt sich die wahre Herausforderung und auch die Chance des Paradigmenwechsels erkennen. Ich schätze die demokratische Konsensbildungstradition dieses Landes, aber ich erkenne auch die Risiken der Bewegungslosigkeit, die sich daraus ergeben können, sofern Interessengruppen auf den ihnen angestammten Kompetenzen und Bestimmungsterritorien verharren.

Ich komme nun auf die Problematik der Zumutung zurück. Aus zahlreichen Studien wissen wir, dass ein

beträchtlicher Anteil junger Menschen und Erwachsener weder an organisierten Bildungsangeboten teilnimmt noch würde er sie jemals wieder wollen. Dieses Muster verfestigt sich im Lebensverlauf immer stärker und es korreliert deutlich mit Indikatoren der sozialen Benachteiligung und niedrig qualifizierter sowie prekärer Beschäftigungsformen (daher zugleich mit bestimmten industriellen Sektoren sowie Betriebsgrößen usw.). Vieles ist auf eine Kombination von schwierigen Lebenslagen, unvorteilhaften Arbeitsbedingungen und einem schwachen Selbstwertgefühl, nicht zuletzt durch schulische Misserfolgslebnisse generiert bzw. verstärkt, zurückzuführen: Das Leben gibt Menschen mit solchen Erfahrungen wenig Grund zu Vertrauen und Selbstvertrauen, man schützt sich, wo man nur kann – Risiken sind reichlich vorhanden.

Die Aufforderung, sich nun kontinuierlich etwas auszusetzen, das sich bisher nicht gelohnt hat, weder persönlich noch im Arbeitsleben, kann auf Antrieb nur als Zumutung aufgefasst werden. Zu erwarten, dass Menschen in solchen Lebenslagen noch dazu ihr eigenes Geld und ihre Freizeit investieren würden und sollten, um sich weiter zu bilden und zu qualifizieren, ist illusorisch. Moralische Appelle werden auch wenig bewirken; kostenlose Angebote und Kurse in der Arbeitszeit können etwas erreichen. Weitaus wirksamer sind niedrigschwellige und lebensnahe Angebote, zusammen mit handfesten Anreizen. Daher sind community-education-Ansätze und Anerkennungsmodalitäten, die weitere Türen öffnen und, ja, Gehaltserhöhungen oder Beförderungen versprechen, von hoher Bedeutung. Eine verbesserte Integration von Arbeit und Lernen – Stichwort lernfreundliche Arbeitsumgebungen bzw. Lernen am Arbeitsplatz – würde ebenfalls eine wichtige Rolle spielen. Hier sind die Sozialpartner gefragt, aber bitte auch in eher ungewohnten Kooperationskonstellationen – genau hier liegt eine große Chance, viele Bildungsentfremdete zu gewinnen.

Die Auffassung, lebenslanges Lernen sei Zumutung statt Chance, kann jedoch aus ganz anderen Begründungszusammenhängen entstehen. Bildung konno-

tiert Zweckfreiheit und einen autonomen, gar kreativen Umgang mit Wissen, während Lernen mit Zweckgebundenheit und einer vorbestimmten Aneignung von Können assoziiert wird. Bildung sucht man sich aus, Lernen wird einem zugemutet. In der Praxis vermischen sich diese Gegensätze, man sollte allerdings ihre soziale Macht nicht unterschätzen, weder ideologisch noch in der Auswirkung (z.B. auf das Standing unterschiedlicher Bildungszweige und Qualifikationstypen). Drastisch formuliert peilt lebenslanges Lernen eine

*„Der Schaukampf zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, zwischen, wenn man so will, den materiellen und den immateriellen Wertorientierungen der heutigen Welt, tobt sich ungeniert in der Bildungspolitik aus, zuweilen genussvoll. Dabei wird vergessen, dass Gesellschaft und Wirtschaft sich gegenseitig und ebenbürtig bedingen – wie auch Bildung und Lernen, um es schematisch und konnotativ zum Ausdruck zu bringen.“*

Vollendung der Instrumentalisierung des Menschen im Dienst der kapitalistischen Globalisierung an, führt also zur Enthumanisierung und Entdemokratisierung. Nun wäre es allzu einfach, solche Perspektiven der entrückten Welt der radikalen Intellektuellen dieses Landes zuzuschreiben und sie weiter nicht zu beachten. Es ist klüger, sich zu fragen, was daran als begründet gelten könnte und ob nicht die Prinzipien und Werteinstellungen, die hier zum messerscharfen Ausdruck kommen, einen breiteren, weicheren Zuspruch in der Bevölkerung finden.

Nicht nur an der Universität, sondern vielmehr anhand meiner Mitwirkung bei diversen Konsultationsprozessen und ExpertInnengesprächsrunden zu aktuellen bildungspolitischen Themen kann ich bestätigen: Lebenslanges Lernen gerät vielerorts in den Verdacht, Bildung schlechthin zum alleinigen Zweck der Wirtschaft in Geiselhaft zu nehmen. Das ist kaum verwunderlich, wenn man den Duktus nicht weniger politischer Dokumente auf nationaler und internationaler Ebene sowie manche Stellungnahmen wirtschaftsnaher Interessensgruppen vor Augen hat. Der Schaukampf zwischen Wirtschaft und Gesellschaft, zwischen, wenn man so will, den materiellen und den immateriellen Wertorientierungen der heutigen Welt, tobt sich ungeniert in der Bildungspolitik aus, zuweilen genussvoll. Dabei wird vergessen, dass Gesellschaft und Wirtschaft sich gegenseitig und ebenbürtig bedingen – wie auch Bildung und Lernen, um es schematisch und konnotativ zum Ausdruck zu bringen.

Als kultureller Raum scheint Österreich in der Tat eine ganz besondere Wertschätzung für die selbstbe-

stimmte Entfaltung durch Bildung zu hegen. In einer neuen Vergleichsstudie zum Thema arbeitsplatzbezogenes Lernen<sup>20</sup> stellt sich heraus, dass ÖsterreicherInnen, die berufsbegleitend an einer Fachhochschule studieren, ausgesprochen deutlich das Recht auf eine frei bestimmte Weiterbildungswahl und -teilnahme beanspruchen und das Recht von Arbeitgebern, auf die Teilnahme zu insistieren, zurückweisen. Gerade bei solchen Befragten wäre eine ‚durchwachsene‘ Haltung zu solchen Themen eher zu erwarten gewesen. Dieses Bild weicht von den Ergebnissen in anderen Ländern der Studie (wie z.B. in Litauen oder in China) merklich ab und es drängt sich zunächst die Vermutung auf, dass das Aufwachsen in einer demokratisch verfassten Gesellschaft, die nicht erst kürzlich entstand, Bildungsperspektiven durchaus entsprechend beeinflusst. Andererseits gestalten sich die konzeptionellen und ideologischen Verbindungen

zwischen Bildung, Lernen und Arbeit nicht überall so wie in Österreich, wie anhand der unterschiedlichen Ergebnisprofile in Ländern wie Dänemark oder den Niederlanden nachzuzeichnen ist.<sup>21</sup> Insofern müssen nationale LLL-Strategien stets auf historisch und kulturell bedingte Deutungssysteme und Wertorientierungen achten.

Zugleich kritisieren die österreichischen Befragten ihre Arbeitgeber: Aus ihrer Sicht ermuntern sie zur Weiterbildungsteilnahme zu wenig und honorieren diese unzureichend. Diese ArbeitnehmerInnen sind nachweislich aktiv Lernende, die den Wert und auch die Notwendigkeit von lebenslangem Lernen – hier in Form der berufsbegleitenden Weiterbildung – problemlos einsehen und umsetzen. Sicherlich unterstützen nicht wenige Arbeitgeber ihr Studium. Aber die Befragten insistieren auf das Recht, selbst über ihre Weiterbildungslaufbahn zu entscheiden und darüber

**Box 2**  
**Aktionslinien der LLL-Strategie**

- |       |                                                                                                                                                                                           |
|-------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| AL1.  | Stärkung der <i>vorschulischen Bildung und Erziehung</i> als längerfristige Grundvoraussetzung                                                                                            |
| AL2.  | <i>Grundbildung und Chancengleichheit</i> im Schul- und Erstausbildungswesen als Fundament                                                                                                |
| AL3.  | Kostenloses <i>Nachholen</i> von <i>grundlegenden Abschlüssen</i> bis zur Berufsreifeprüfung (BRP)                                                                                        |
| AL4.  | Ausbau von <i>alternativen Übergangssystemen</i> v. a. an der zweiten Schwelle (Übergang ins Berufsleben)                                                                                 |
| AL5.  | Förderstrukturen, Beratungsangebote sowie tarifvertragliche Berücksichtigung von <i>work-life-Balance</i> , um die <i>Vereinbarkeit zwischen Bildung, Familie und Beruf</i> zu verbessern |
| AL6.  | Infrastrukturelle Maßnahmen, welche <i>Neuorientierungen in Bildung und Beruf</i> erleichtern                                                                                             |
| AL7.  | Sicherung der <i>Basisbildung und Grundkompetenzen im Erwachsenenalter</i>                                                                                                                |
| AL8.  | Verstärkung von <i>community-education-Ansätzen</i> mittels kommunaler Einrichtungen und in der organisierten Zivilgesellschaft                                                           |
| AL9.  | Ausbau <i>nichtformaler Bildungsangebote</i> in der außerschulischer Jugendbildung, der beruflichen Weiterbildung und in der allgemeinen Erwachsenenbildung                               |
| AL10. | Förderung <i>lernfreundlicher Arbeitsumgebungen</i>                                                                                                                                       |
| AL11. | Bereicherung der Lebensqualität durch <i>Bildung im späteren Erwachsenenalter</i> , insbesondere für sozial benachteiligte SeniorInnen                                                    |
| AL12. | Verfahren zur <i>Anerkennung nichtformal und informell erworbener Kenntnisse und Kompetenzen</i> in allen Bildungssektoren entwickeln                                                     |

hinaus würden sie gerne etwas mehr Anerkennung für ihr Engagement erfahren.

Bei unserem letzten LLL-ExpertInnenbericht war es uns daher sehr wichtig, einen Versuch zur Entwaffnung des destruktiven Schaukampfes zwischen Bildung und Lernen zu wagen. Zum Auftakt steht eine Gleichung, die wir als konsensfähigen Lösungsansatz betrachten: Lebenslanges Lernen ist lebensbegleitende Bildung. Wir sind doch alle auf der Suche nach guten Antworten auf die unübersehbaren Fragen, die gesamtgesellschaftliche Veränderungen an Bildung, Lernen und Arbeit stellen. Dabei ergreifen wir Partei für die Gestaltung einer demokratischen Gesellschaft, in welcher Bildung in all ihren Ausformungen als öffentliches und persönliches Gut hochgehalten wird. Lebensbegleitende Bildung will somit eine Bildungsarchitektur und eine Lehr-/Lernkultur bezeichnen, die ganzheitlich angelegt ist und nie verkürzt werden sollte, weder in Richtung einer primär wirtschaftsorientierten Auslegung noch im primären Bezug auf eine zweckfreie persönliche und geistige Entwicklung. In Form einer LLL-Strategie versteht sich lebensbegleitende Bildung als Handlungskonzept für Integration und Teilhabe, das allen Menschen unter vernünftigen Rahmenbedingungen offen, attraktiv und realisierbar zur Verfügung steht – und gerade aus diesem Grund kommen die Ergebnisse nicht nur der Gesellschaft, sondern genauso der Wirtschaft, zugute. Es ist höchste Zeit für uns alle, über unseren jeweiligen und lieb gewonnenen Bildungsschatten zu springen, damit viele andere sich auf ihre Weise bilden und lernen können und dies wollen.

*Lynne Chisholm*

Die Autorin ist Professorin am Institut für Erziehungswissenschaft der Universität Innsbruck und Sprecherin des universitären Forschungsschwerpunkts Bildung-Generation-Lebenslauf. Nähere Informationen:  
<http://homepage.uibk.ac.at/~c603207/index.html>

#### Anmerkungen

- 1 Originaltitel: Lebenslanges Lernen – Eine Strategie für Österreich: Was empfehlen die ExpertInnen? Das Manuskript wurde der Redaktion von Frau Prof. Chisholm dankenswerterweise zur Verfügung gestellt.
- 2 Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates zu einem strategischen Rahmen für die europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der allgemeinen und beruflichen Bildung („ET2020“). Dokument 9845/09. Brüssel, 13. Mai 2009. [[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc28\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc28_en.htm)] Anmerkung: Ende März 2010 konnte Einigung auf das übergreifende ‚Europa 2020‘

nicht erzielt werden: Mitgliedsstaaten stellten nochmals die Kompetenz der EU, Benchmarks im Bildungsbereich (und auch bezüglich der Armutsbekämpfung), prinzipiell infrage. Vorgesehen waren zwei Indikatoren: die Early-Leavers-Quote und die HochschulabsolventInnenquote. Eine Einigung sollte nun beim Ratstreffen im Juni 2010 stattfinden.

- 3 Die erste strategische Zielsetzung bezieht sich zugleich auf Mobilität, die sich jedoch in diesem Zusammenhang lediglich auf die Förderung von Mobilität unter Lehrpersonal im Sinne der Kompetenzerweiterung in der Aus- und Fortbildung bzw. Berufserfahrung bezieht.
- 4 Council of the European Union: Conclusions of the Council and the Representatives of the Governments of the Member States, meeting within the Council, of 12 May 2009 on enhancing partnerships between education and training institutions and social partners, in particular employers, in the context of lifelong learning. Document 9876/09. Brussels, 15 May 2009. [Nur auf EN erhältlich: [http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/policy/council0509\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/policy/council0509_en.pdf)]
- 5 Commission Staff Working Document: Progress towards the Lisbon Objectives in Education and Training. Indicators and Benchmarks 2009. European Commission, DG Education and Culture/Unit A4 with JRC-CRELL, Eurostat, Eurydice and the European Agency for Development in Special Needs Education. Brussels. [Nur auf EN erhältlich: [http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc1951\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc1951_en.htm)]. Der Hinweis auf LLL-Strategien befindet sich auf S. 37 des Berichts. Zur LLL-Strategien-Spitzengruppe gehören: DK, FIN, SI und UK-Scot; vgl. ET2010-Indikatorenbericht 2009, S. 34-37. Diese Schlussfolgerungen gründen auf einen neuen composite LLL indicator, s. hierzu Badescu, M./Saisana, M. (2008) Participation in lifelong learning in Europe: what can be measured and compared? JRC Scientific and Technical Reports 23511 EN. JRC-CRELL: Ispra [Nur auf EN erhältlich: [http://composite-indicators.jrc.ec.europa.eu/Document/Badescu\\_Saisana\\_EUR23511.pdf](http://composite-indicators.jrc.ec.europa.eu/Document/Badescu_Saisana_EUR23511.pdf) ]
- 6 5 ET2010 + 5 ET2020, vgl. Länderporträts in: Commission Staff Working Document: Key competences for a changing world. Progress towards the Lisbon objectives in education and training. Analysis of implementation at the European and national levels. Accompanying document to the Commission Communication COMM(2009)640. SEC(2009)1598, Brussels, May 2009 [[http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/joint10/sec1598\\_en.pdf](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc/joint10/sec1598_en.pdf)]
- 7 ET2010-Benchmark: 12,5%; Österreich 2003: 8,5% und 2008: 13,5%. VET composite indicator: s. Indikatorenbericht 2009, S. 52; hier führt Österreich (mit UK und CR) das Feld.
- 8 Zugrundeliegende Daten: [http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc1532\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc1532_en.htm); [http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc34\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc34_en.htm); [http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc28\\_en.htm](http://ec.europa.eu/education/lifelong-learning-policy/doc28_en.htm). OECD sowie

- UNESCO-UIO liefern bekanntlich Ergänzungen.
- 9 CEDEFOP: Skills supply and demand in Europe: medium-term forecast up to 2020. Cedefop: Thessaloniki: 2010 [[http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/3052\\_en.pdf](http://www.cedefop.europa.eu/EN/Files/3052_en.pdf)]
  - 10 Hier ist Österreich mit Norwegen an der deutlichen Spitze (vgl. ET2010-Indikatorenbericht 2009, S. 82).
  - 11 Dieses Engagement stagniert in den letzten Jahren (s. CVT2-Ergebnisse) und bricht womöglich infolge der Weltfinanzkrise noch mehr ein.
  - 12 Vgl. ET2010-Indikatorenbericht 2009, Tab. Ann. II.10, S. 152. Berufsbildungsabschlüsse mögen z. T. formal unterbewertet sein, aber die eigentliche Antwort kann nur in die Öffnung der Universitäten für ‚nicht-traditionelle Studierende‘ liegen. Die Österreich-Quote der HochschulabsolventInnen in der Altersgruppe 30-34 liegt bei 22%, weit unter dem EU27-Durchschnitt von 31% und weit entfernt von der ET2020-Zielmarke, die mit 40% angesetzt ist.
  - 13 Zur persistenten Bildungsbenachteiligung (sowohl bei Zugangs- als auch anhand formaler Erfolgsquoten) nach sozio-ökonomischer Herkunft gesellt sich inzwischen eine spezifische und wohl sozial kumulative Bildungsbenachteiligung bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund: Die Early-Leavers-Quote bei dieser Gruppe liegt im EU-Durchschnitt mehr als doppelt so hoch wie die Quote für alle 15-jährigen in der EU. In Österreich erreicht die Quote den dreifachen Wert (vgl. ET2010-Indikatorenbericht 2009, S. 94). In diesem Zusammenhang ist auch zu vergegenwärtigen: Nur durch Zuwanderung wächst die Wohnbevölkerung langfristig weiter, sie sinkt auf absehbare Zeit absolut nicht (außer in Kärnten). Aber ab 2015 sinkt der Anteil der 15-60-Jährigen und die Altersstruktur verschiebt sich deutlich nach oben, Altersabhängigkeitsquotienten verschärfen sich deutlich (vgl. Statistik Austria: Demographisches Jahrbuch 2008. Wien: 2009; [[http://www.statistik.at/web\\_de/dynamic/statistiken/bevoelkerung/demographische\\_prognosen/publdetail?id=32&li-stid=32&detail=539](http://www.statistik.at/web_de/dynamic/statistiken/bevoelkerung/demographische_prognosen/publdetail?id=32&li-stid=32&detail=539)]).
  - 14 Österreich gehört auch zu denjenigen EU-Mitgliedstaaten, die beim gender gap vielfach ins Hintertreffen geraten: Gehaltsunterschiede; Bildungsniveaus bei Frauen über 45; MINT-Hochschulabschlüsse; PISA-Ergebnisse in Naturwissenschaft; Bildungsweg- und Berufsentscheidungen an der ersten Schwelle. Junge Frauen in Österreich sind insgesamt bildungserfolgreicher als junge Männer – aber die horizontale und vertikale geschlechtsspezifische Segregation und Benachteiligung in Bildung und Beruf sitzt weiterhin fest (s. hierzu: Chisholm, L. (2010) Allgemein weiblich, beruflich männlich: eine renitente kulturelle Semantik. In: Schlögl, P./Dér, K. (Hrsg.) Berufsbildungsforschung. Alte und neue Fragen eines Forschungsfeldes. transkript Verlag: Bielefeld).
  - 15 Nachholen des Hauptschulabschlusses; Basisbildungskurse und Angebote zur Vermittlung von Grundkompetenzen; Berufsreifeprüfung.
  - 16 Chisholm, L./Lassnigg, L./Lehner, M./Lenz, W./Tippelt, R. (2009) Wissen – Chancen – Kompetenzen. Strategie zur Umsetzung des lebensbegleitenden Lernens in Österreich. ExpertInnenbericht zum Konsultationsprozess. BMUKK: Wien, November, Abb. 3, S. 25.
  - 17 Ebd., Tab. 1, S. 29.
  - 18 Ebd., Abb. 3, S. 25.
  - 19 Ebd., Box 2, S. 30 sowie Box 4, S. 43.
  - 20 Chisholm, Lynne et al. (2010) Workplace Learning in Asia and Europe. Austrian National Survey Report. Universität Innsbruck Institut für Erziehungswissenschaft. Vortrag zum Thema beim Vietnam Forum on Lifelong Learning: Building a Learning Society, ASEM-LLL Hub Conference, Hanoi, 7- 8 December 2010 (Veröffentlichung erfolgt 2011; ASEM-LLL-Hub Information: [www.dpu.dk/asem/](http://www.dpu.dk/asem/)).
  - 21 Präsentationen: <http://www.dpu.dk/asem/conferences/vietnamllforum2010/>

### Antistresshandbuch für Studierende

*Studierende der Gesundheitsförderung entwickelten unter Leitung von Eva Brunner, Gastprofessorin für Pädagogische Psychologie und Gesundheitspsychologie an der PH Schwäbisch Gmünd, ein Antistressmanual. Unter dem Titel "Lässig statt stressig durchs Studium" enthält es zahlreiche Tipps und Informationen rund um wichtige Themen des Studienalltages wie Prüfungsvorbereitung, Orientierung an der Hochschule oder auch Teamarbeit im Studium, die auch für österreichische Studierende von Interesse sein dürften.*

*Neben einem studienrichtungsunabhängigen Teil wurden auch speziell Inhalte für Lehramtsstudierende erarbeitet, um sie für den Lehrberuf zu stärken und für zukünftige Herausforderungen zu sensibilisieren. Das Antistressmanual steht als Download auf der Homepage der PH Schwäbisch Gmünd, [www.ph-gmuend.de](http://www.ph-gmuend.de), zur Verfügung und stellt laut Herausgeber eine wichtige Investition in die Studierendengesundheit dar. Dabei überzeugt das Handbuch vor allem durch die starke Lebensweltorientierung und das Ausmaß an realisierter Partizipation.*

*Weitere Informationen: [www.ph-gmuend.de](http://www.ph-gmuend.de)*

## Sparen bei der Bildung ist kontraproduktiv

**Zu viele deutsche Jugendliche bleiben ohne Ausbildung. Daraus resultieren gravierende individuelle wie gesellschaftliche Folgekosten.**

Spätestens seit den 1990er Jahren reicht das Angebot an Ausbildungsplätzen in Deutschland nicht mehr aus, um allen Jugendlichen den Zugang zu einer Berufsausbildung zu ermöglichen. In der Konsequenz gelangen auch ausbildungsfähige und ausbildungswillige Jugendliche nach der Schule statt in Ausbildung in das so genannte Übergangssystem. Knapp 40 Prozent verlassen dieses, ohne im darauf folgenden Jahr eine Berufsausbildung beginnen zu können: Eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt ist damit oft nicht möglich. Vielmehr führen das ständige Erleben von Ablehnung bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz und das „Parken“ im Übergangssystem zu Resignation und sinkendem Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten.

Dieser Entwicklung hat man, so Jörg Dräger und Anette Stein von der Bertelsmann-Stiftung, seit rund zwei Jahrzehnten zugesehen: 1,5 Millionen 25- bis 34-Jährige haben heute in Deutschland weder einen Ausbildungsabschluss noch ein Abitur. Über ein Viertel der Betroffenen haben dabei einen Realschulabschluss und hätten somit die Voraussetzung für eine Ausbildung mitgebracht. Und Jahr für Jahr starten weitere 150.000 junge Menschen in ihr Berufsleben ohne Ausbildungsabschluss und damit mit schlechten Zukunftsperspektiven.

Wenn es nicht gelingt, diese Zahl zu halbieren, entstehen für die öffentlichen Haushalte Belastungen in Höhe von 1,5 Milliarden Euro pro Altersjahrgang. Das zeigt eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Diese Folgekosten entstehen im Verlauf des Erwerbslebens der Betroffenen durch entgangene Lohnsteuern und Beiträge zur Arbeitslosenversicherung sowie Ausgaben für Arbeitslosengeld und notwendige Sozialtransfers.

### Kaum Chancen am Arbeitsmarkt

„Wer in Deutschland ohne Ausbildungsabschluss bleibt, hat kaum Chancen auf eine erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt“, sagte Jörg Dräger bei der Vorstellung der von Jutta Allmendinger, Johannes Giesecke und Dirk Oberschachtsiek verfassten Studie Mitte April in Berlin. „Fehlende Ausbildung führt zu

hohem Arbeitslosigkeitsrisiko und niedrigen Einkommen“, erklärte Dräger. Diese geringen Teilhabechancen sind durch zahlreiche Studien belegt: Das Einkommen der ausbildungslosen Menschen wird über ihre Erwerbsbiografie hinweg relativ niedrig sein, so dass sie immer wieder Gefahr laufen, ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familie nicht eigenständig bestreiten zu können. Die Wahrscheinlichkeit, von Arbeitslosigkeit betroffen sein, ist drei bis vier Mal höher als bei ausgebildeten Fachkräften. Über die letzten Jahrzehnte haben schlecht ausgebildete Menschen dabei ständig an Boden verloren.

Es sei daher höchste Zeit, diese Entwicklung aufzuhalten und allen Jugendlichen die Chance auf eine berufliche Qualifikation zu eröffnen – im Interesse der betroffenen jungen Menschen, aber auch mit Blick auf die Konsequenzen für die Gesellschaft als Ganzes. Vor allem die Einnahmeverluste aufgrund geringerer Lohnsteuerzahlungen kommen den Staat teuer zu stehen – sie haben einen Anteil von 70 Prozent an den Gesamtkosten. Die Folgekosten fallen zu 40 Prozent auf Bundesebene an, 30 Prozent tragen die Bundesländer und jeweils 15 Prozent entfallen auf die Kommunen und die Bundesagentur für Arbeit.

Die Kosten unzureichender Bildung wurden bestimmt, indem die Folgekosten der heutigen Bildungs- und Ausbildungsverteilung mit denjenigen verglichen wurden, die sich bei einem besseren Qualifikationsniveau ergeben. So wurde in einem ersten Szenario angenommen, dass sich der Anteil unzureichend Gebildeter um 20 Prozent verringert. In einem zweiten Szenario gingen die StudienautorInnen davon aus, dass sich die Zahl der heute unzureichend Gebildeten halbiert. Grundlage der Kostenschätzungen waren Querschnittsdaten aus dem Mikrozensus, Daten des Sozio-oekonomischen Panels und die Lohn- und Einkommensteuerstatistik. Mit ihrer Hilfe wurden die Erwerbsprofile und die Erwartungseinkommen im Lebensverlauf für verschiedene Bildungsgruppen simuliert. Diese Berechnungen wurden ebenfalls für die hypothetisch angenommenen besseren Bildungsverteilungen durchgeführt. Für beide Szenarien wurde daraufhin untersucht, wie sich die kumulierten Barwerte gegenüber den heutigen Werten verändert haben. Die Folgekosten unzureichender Bildung bestehen dann in dem Differenzbetrag zwischen der heutigen Situation und einer hypothetisch angenommenen Situation mit niedrigeren Anteilen unzureichend gebildeter junger Erwachsener.

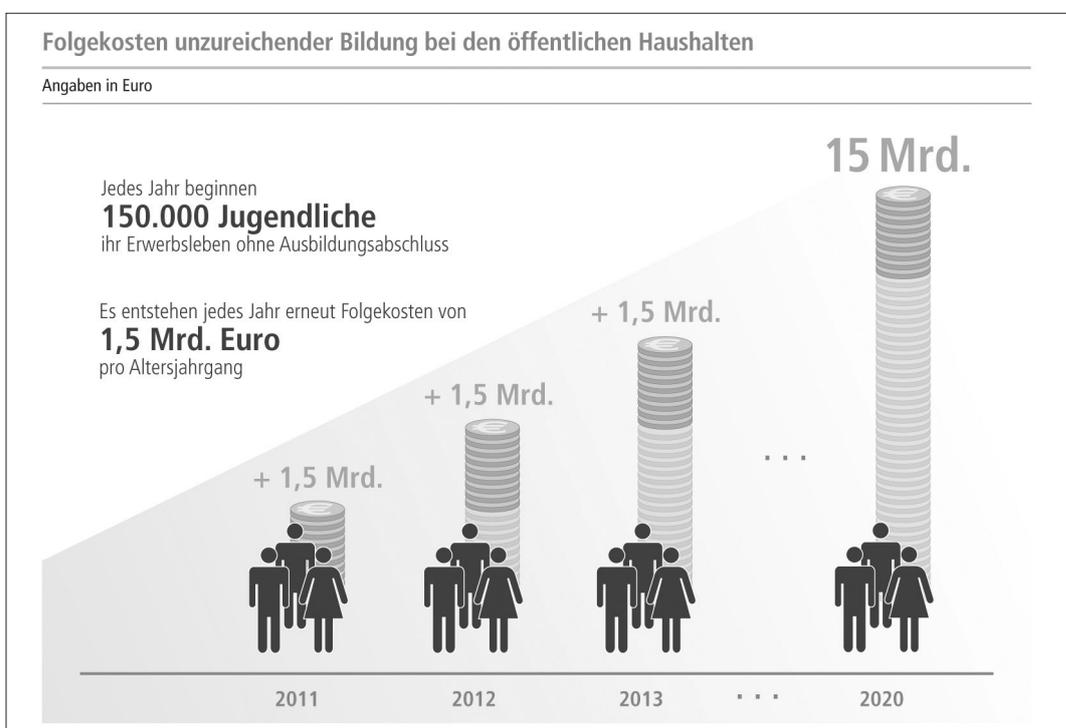
Die Berechnungen zeigen, dass pro Jahr für jeden in den Arbeitsmarkt eintretenden Jahrgang an 21-Jähri-

gen mit unzureichender Bildung bei den öffentlichen Haushalten beachtliche Folgekosten entstehen: Über eine Erwerbsbiografie von 35 Jahren belaufen sich diese auf 1,5 Milliarden Euro (abdiskontiert). Dieser Betrag ergibt sich aus der Differenz der heutigen Situation mit einer Bildungsverteilung, in der nur die Hälfte der heute unzureichend Gebildeten in den Arbeitsmarkt einsteigt. Im Umkehrschluss könnten jährlich 1,5 Milliarden Euro vermieden werden, wenn es gelänge, mehr jungen Erwachsenen eine Perspektive für ihr Leben zu eröffnen.

Dabei entstehen diese Folgekosten nicht nur für die 150.000 Personen, die jedes Jahr ohne Ausbildungsabschluss neu in ihr Berufsleben starten. Angesichts von hochgerechnet etwas mehr als sieben Millionen Menschen im Alter zwischen 25 und 65 Jahren, die keine berufliche Ausbildung abgeschlossen haben, dürften sich die gesamten Folgekosten auf einen beachtlichen – laut StudienautorInnen allerdings nicht konkret bezifferbaren – Gesamtwert summieren. Die AutorInnen warnen: Wenn wir jetzt nicht entschieden Reformen in die Wege leiten, kommen in den folgenden zehn Jahren hochgerechnet weitere 15 Milliarden Euro an Folgekosten hinzu (siehe Grafik).

Dabei bilden die in der Studie berechneten Folgekosten nur einen kleinen Teil der gesamten gesellschaftlichen Folgen unzureichender Bildung ab. So wird nur ein Ausschnitt der bei den öffentlichen Haushalten anfallenden Kosten berechnet – Konsumsteuern sowie Ausgaben für das Rentensystem sind nicht berücksichtigt. Weiters wird unterstellt, dass sich Unterschiede zwischen den Bildungsgruppen in Erwerbsbeteiligung und Einkommen, dem Bezug von Arbeitslosengeld und Sozialleistungen in der Zukunft so fortschreiben, wie sie sich in der Vergangenheit zeigten. Werden Menschen mit unzureichender Bildung aber immer weiter von der Gesellschaft abgehängt, wird sich die Situation noch verschärfen.

Fehlende Bildung wirkt sich gesellschaftlich jedoch nicht nur auf die öffentlichen Haushalte aus, sie beeinflusst auch die Bereiche Kriminalität und Gesundheitsverhalten und verursacht hier weitere erhebliche Kosten. Sozialkapital, freiwilliges Engagement und gesellschaftlicher Zusammenhalt sind ebenfalls eng mit Bildung verbunden und tragen maßgeblich zur politischen und wirtschaftlichen Stabilität eines Landes bei. Eine makroökonomische Betrachtung könne hier, so die AutorInnen, am ehesten die langfristig mit



Quelle: Bertelsmann Stiftung (Hg.): Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Gütersloh 2011. Berechnungen von Jutta Allmendinger, Johannes Giesecke und Dirk Oberschachtsiek

Bildung verbundenen enormen Wachstumseffekte für die Gesellschaft aufzeigen.

### Ausbildungsgarantie gefordert

Einen Großteil der Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss stellt mit 52 Prozent die Gruppe der Hauptschulabsolventen. 22 Prozent umfasst die Gruppe der jungen Erwachsenen ohne jeden Schulabschluss. Mit einem Anteil von 26 Prozent bleiben zunehmend aber auch Realschulabsolventen ohne Ausbildung.

„Die Kinder, die wir heute im Bildungssystem abhängen, brauchen unsere besondere Unterstützung“, führte Jörg Dräger bei der Studienpräsentation weiter aus. Das fange in Kinderkrippen und Kindertageseinrichtungen an, denn vor allem Kinder aus sozial benachteiligten Lebensumfeldern oder mit Migrationshintergrund bräuchten frühen Zugang zu guten Bildungsangeboten. Zahlreiche Studien hätten belegt, dass gerade sie enorm von guter früher Bildung profitieren könnten. Auch im Schulsystem müsste sich laut Dräger und Stein einiges ändern: „Ein lehrerzentrierter Frontalunterricht vor einer vermeintlich homogenen Schülergruppe wird den Herausforderungen unserer Gesellschaft nicht mehr gerecht und eröffnet zu vielen Kindern zu wenige Chancen. Wir brauchen ein inklusives Schulsystem mit flächendeckenden Ganztagschulen, in dem jedes Kind unabhängig von seinem Lebenshintergrund und seinem Lerntempo bestmöglich individuell gefördert wird. Auf dem Weg dorthin müssen wir uns jetzt vorrangig um die Schulen kümmern, die Kindern heute häufig die schlechtesten Entwicklungsbedingungen ermöglichen – Grund-, Förder- und Hauptschulen in sozialen Brennpunkten. Hier müssen zusätzliche finanzielle Mittel hinfließen, die besten Lehrer, Sozialpädagogen und Schulleiter werden hier gebraucht, um Kinder und Eltern wirksam zu unterstützen und zu begleiten.“

Die eingangs skizzierten Probleme beim Übergang von der Schule in eine bzw. zu häufig keine Ausbildung könnten laut Dräger und Stein nur beseitigt werden, „wenn sich der bisherige Maßnahmensdchungel im Übergangssystem deutlich lichtet“. Jugendliche, die noch nicht fit für die Ausbildung sind, würden eine individuelle Übergangsbegleitung mit aufeinander aufbauenden Maßnahmen benötigen, die ihnen eine klare und verbindliche Perspektive auf

einen anschließenden Übergang in Ausbildung eröffnet. „Ausbildungswillige und -fähige Jugendliche brauchen eine Garantie auf einen Ausbildungsplatz“, fordern sie. Eine solche Ausbildungsgarantie könne nur erfüllt werden, wenn neben dem dualen System mehr ergänzende, öffentlich geförderte Ausbildungsplätze geschaffen werden. Ausbildungen sollten sich dabei stärker an Kernberufen orientieren und weniger hoch spezialisiert sein. Zudem wäre eine flexiblere Gestaltung der Ausbildungsgänge notwendig, damit ein Wechsel von der öffentlich geförderten in die duale Ausbildung problemlos möglich ist.

Für Jugendliche, bei denen sich abzeichnet, dass sie trotz intensiver Förderung und Begleitung keine dreijährige Ausbildung abschließen können, wird vorgeschlagen, in mehr Berufsfeldern die Möglichkeit einer zweijährigen Ausbildung zu schaffen. Und für die 1,5 Millionen jungen Erwachsenen ohne Ausbildungsabschluss werden mehr individuell zugeschnittene Nachqualifizierungsangebote empfohlen, „um diesen Menschen, die noch einen

Großteil ihres Berufslebens vor sich haben, die Tür zum Arbeitsmarkt dauerhaft zu öffnen“.

### Regionale Unterschiede

Die Studie zeigt, dass für jeden jungen Menschen ohne Ausbildungsabschluss heute rund 22.000 Euro investiert werden könnten, ohne dass bei den öffentlichen Haushalten künftig zusätzliche Kosten entstehen würden. Zwischen den Bundesländern gibt es dabei je nach Zusammensetzung und Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildungsabschluss Unterschiede: Die Folgekosten pro Kopf liegen zwischen 17.000 Euro in Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern und 23.000 Euro in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Bildungspolitische Reformen mit dem Ziel, den Anteil niedrig Gebildeter zu reduzieren, würden sich damit in allen Bundesländern auszahlen, betonen die AutorInnen abschließend: „Profitieren würden neben Bund und Kommunen insbesondere die betroffenen Menschen.“

*Quellen: Ute Friedrich: Sparen bei Bildung ist teuer. Pressemitteilung der Bertelsmann-Stiftung, 12.04.2011. Jutta Allmendinger, Johannes Giesecke und Dirk Oberschachtsiek: Unzureichende Bildung: Folgekosten für die öffentlichen Haushalte. Zusammenfassung*

## Gender und Medizin als Herausforderung für die Gesundheitspolitik

**Der Gleichbehandlungsausschuss des Parlaments behandelte Anfang Mai den aktuellen Österreichischen Frauengesundheitsbericht 2010/2011. Die Abgeordneten hatten in der Ausschusssitzung Gelegenheit, mit zwei Autorinnen des Berichts und mit von den Fraktionen geladenen ExpertInnen die Ergebnisse und Empfehlungen des Berichts zu diskutieren.**

Der nunmehr dritte Bericht zum Thema Frauengesundheit in Österreich geht nicht nur auf die medizinischen Rahmenbedingungen ein, sondern stellt auch die soziodemographische und epidemiologische Situation der weiblichen Bevölkerung, ihre Lebensrealitäten und gesundheitsbezogenen Lebensweisen dar und behandelt Fragen der Prävention und der weiteren Entwicklungsperspektiven der Frauengesundheitsförderung. Sein zeitlicher Fokus liegt auf den vergangenen zehn Jahren und den in diesem Zeitraum feststellbaren Entwicklungstendenzen. Die Forcierung geschlechterdifferenzierter und frauenspezifischer Herangehensweisen im Gesundheitswesen sei nicht nur sinnvoll, sondern dringend geboten, lautet das Fazit des Berichts.

### Die Bedeutung von Gender Mainstreaming im Gesundheitsbereich

In einem einleitenden Statement stellte Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek fest, dass der vorliegende Bericht sehr gut zeige, dass Gesundheitspolitik auch Gesellschaftspolitik ist und diese ohne die Betrachtung von Gender-Aspekten nicht denkbar ist. Er mache auch deutlich, dass es eine "Zielgruppe Frauen" per se nicht gibt, sondern dass hier jeweils verschiedene soziale und ökonomische Gesichtspunkte und unterschiedliche Lebenssituationen zu berücksichtigen sind. Insgesamt biete der Bericht eine gute Grundlage, um Handlungsfelder zu erkennen. So ziehen etwa Mehrfachbelastungen von Frauen viele gesundheitlich negative Folgen nach sich. Betroffen seien insbesondere Alleinerzieherinnen, Frauen mit Migrationshintergrund und Frauen, die Angehörige zu pflegen haben. Eine schlechte berufliche Situation und niedrige Einkommen seien zusätzliche Belastungsfaktoren. Deshalb müsse man, wolle man die psychische und physische Gesundheit von Frauen ver-

bessern, die Frage stellen, wie die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden können.

Gesundheitsminister Alois Stöger meinte, der Bericht biete einen differenzierten Blick auf die Gesundheitssituation von Männern und Frauen. Frauen stellten die Mehrheit der Bevölkerung dar und besonders das Alter sei aufgrund der höheren Lebenserwartung von Frauen weiblich. Es zeige sich, dass Themen wie Bewegung und Sport oder etwa Selbstwertgefühl auch gesundheitliche Aspekte haben. Kinderwunsch und Familienplanung, ungewollte Schwangerschaft wie ungewollte Kinderlosigkeit, Frausein im Alter und Lebensumstände von Migrantinnen seien Themen, mit denen man sich seitens der Gesundheitspolitik befassen müsse. Die Gesundheitsförderung müsse insgesamt verstärkt werden, und es sei daher ein wichtiges Signal, dass die Medizinische Universität Wien einen eigenen Lehrstuhl für Frauengesundheit eingerichtet hat.

### Unterschiedlichen Bedürfnissen Rechnung tragen

Von den Autorinnen des Berichts, die in den Ausschuss geladen waren, kam als erste Anna Maria Dieplinger vom Linzer Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik zu Wort. Sie unterstrich, dass den unterschiedlichen Bedürfnissen von Männern und Frauen in Prävention, Diagnostik und Versorgung in Zukunft stärker Rechnung getragen werden müsse. Das bringe nicht nur mehr Lebensqualität für Frauen und Männer, sondern könne auch Über-, Unter- und Fehlversorgungen verhindern. Frauen und Männer hätten einen unterschiedlichen Zugang zum Gesundheitssystem. Frauen stünden durch Mehrfachbelastungen unter mehr Stress, was auch eine ungesündere Lebensweise bedinge. Der Bericht gebe deshalb auch Handlungsanweisungen, wo in der Weiterentwicklung und Umsetzung von Maßnahmen im Be-



Autorin Anna Maria Dieplinger

Quelle: Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

reich Frauengesundheit angesetzt werden könne, sagte Dieplinger.

Alexandra Kautzky-Willer von der Medizinischen Universität Wien legte den Schwerpunkt ihres State-ments auf drei Themenfelder, die sie als gesundheitspolitische Schwerpunkte ansah. Dazu zählte sie die Probleme von Übergewicht und Diabetes, die miteinander eng verknüpft seien. Sie beträfen Mädchen schon ab dem Schulalter, wobei es notwendig wäre, die Betrachtungsweise von der Ernährung auf die Frage der ausreichenden Bewegung zu verschieben. Auch Schwangerschaftsdiabetes sei ein Problem, das mehr beachtet werden sollte. Wichtig sei auch die Bewusstseinsbildung in Fragen der Gender-Medizin bei in Ausbildung befindlichen wie auch bereits praktizierenden MedizinerInnen. Noch immer werde oft einfach vom "Patienten" gesprochen, ohne auf das Geschlecht Rücksicht zu nehmen.

### Defizite in der Frauengesundheitsförderung

In der Folge kamen die von den Fraktionen in den Ausschuss eingeladenen ExpertInnen zu Wort. Sie äußerten sich vor dem Hintergrund ihrer jeweiligen Kompetenzbereiche zu einzelnen Abschnitten des Berichts.

Die Frauengesundheitsbeauftragte der Stadt Wien, Beate Wimmer-Puchinger, wies auf die Geschäfte hin, welche die Schönheitsindustrie betreibt und die oft zu Lasten der Gesundheit von Mädchen und Frauen gehen. "Body Politics" und die Verbreitung von Körperidealen würden zunehmend Themen, die beachtet werden müssten.

Die Vizerektorin der Medizinischen Universität Wien, Karin Guterrez-Lobos, erinnerte, dass psychische Probleme, etwa Depressionen, früher fälschlich oft als frauenspezifisch angesehen wurden. Tatsächlich spiele aber hier die Lebenssituation die wichtigere Rolle, etwa Mehrfachbelastungen. Armut mache auch psychisch krank.

Melitta Bohn-Rieder, Fachärztin für Allgemeinmedizin, verwies darauf, dass immer mehr Frauen medizinische Berufe ergreifen. In der Ausbildung werde der Turnusdienst oft zum Karriereknick, da Spitäler nach wie vor keine Vereinbarkeit von Arbeit und Familie bieten. Das Modell der Lehrpraxis werde für junge Ärztinnen oft dem Lebensabschnitt gerechter, würde aber bisher nur wenig gefördert.

Jeanette Strametz-Juranek, Universitätsprofessorin für Kardiologie, ging auf die hohe Rate von Herz-Kreislauferkrankungen von Frauen ein. Diabetes spiele

als Risikofaktor eine große Rolle und auch das übliche Belastungs-EKG sei für Frauen weniger aussagekräftig als für Männer. Migrantinnen stellten aufgrund ihres schlechteren Zugangs zum Gesundheitssystem eine besondere Risikogruppe dar, sagte sie.

Peter Frigo, Facharzt für Frauenheilkunde, meinte, der Bericht lasse erkennen, dass Österreich Defizite in der Frauengesundheitsförderung hat. Vor allem seien auch Frauen, die im Gesundheitssystem tätig sind, selbst starken Belastungen ausgesetzt. Er bemängelte das Fehlen einer Abtreibungsstatistik, zudem sollten die Kosten der Behandlung von ungewollter Kinderlosigkeit von den Krankenkassen stärker übernommen werden.

### Forderungen der Frauengesundheitsbewegung im Parlament angekommen

Für Sylvia Groth vom Frauengesundheitszentrum Graz zeigt der Bericht, dass die Forderungen der Frauengesundheitsbewegung im Parlament angekommen sind. Frauengesundheitszentren spielten eine wichtige Rolle, um Defizite der Gesundheitspolitik zu erkennen. Insgesamt wünsche sie sich in der Gesundheitspolitik einen Kurswechsel von einem "Krankensystem", das auf PatientInnen ausgerichtet sei, zu einem "Gesundheitswesen" für alle.

Den Beobachtungen des Internisten Josef Brunmair zufolge sind Frauen in drei Bereichen besonders gesundheitlich gefährdet: dort, wo es Probleme in der Vereinbarkeit von Familie bzw. Mutterschaft und Beruf gehe, beim Übertritt ins Pensionsleben und bei Migrationshintergrund, insbesondere, wenn ein niedriges Bildungsniveau und ein ausgeprägtes religiös-kulturelles Korsett das Leben der Frauen bestimme. Die steigende Lebenserwartung von Männern und Frauen sollte zur "Entschleunigung" des Lebens genützt werden, um mehr Lebensqualität und Gesundheit zu erreichen, regte er an.

### „Politik der Einmischung“

In einer Fragerunde an die geladenen ExpertInnen sowie an Gesundheitsminister Stöger und Frauenministerin Heinisch-Hosek meldeten sich Abgeordnete aller Fraktionen zu Wort. Minister Stöger stellte in seiner Beantwortung der zahlreichen Detailfragen fest, dass es, was die Zukunft der Mammographie betrifft, keinen Anlass zu jener Beunruhigung gebe, die in mehreren Wortmeldungen zum Ausdruck kam. Es werde keinen Kompromiss zuungunsten der Qualität geben. Es sei vielmehr zwischen Vorsorgeuntersuchung und Screening zu unterscheiden. Eine Untersuchung könne von einem Arzt jederzeit veranlasst wer-

den, wenn er sie für nötig halte. Ein flächendeckendes Screening hingegen werde von ExpertInnen erst bei Frauen ab 50 für sinnvoll erachtet. Er trete sehr dafür ein, dass Frauen bei Medikamententests adäquat berücksichtigt werden. Was Herz-Kreislauferkrankungen betrifft, gebe es Aktivitäten seines Ressorts, um die Wahrnehmung dieses Problems zu verbessern. Um Burnout zu bekämpfen, müsse man in der betrieblichen Gesundheitsvorsorge ansetzen, meinte der Minister.

Frauenministerin Heinisch-Hosek stellte fest, der Bericht gebe viele Handlungsanleitungen, die nicht nur in gesetzlichen Maßnahmen, sondern auch in Initiativen und Kampagnen umgesetzt werden könnten. Es

## Investitionen in soziale Dienstleistungen lohnen sich

**Die Volkshilfe weist darauf hin, dass eine Entlastung der Menschen bei der privaten Pflege und Betreuung neue Arbeitsplätze schafft.**

Die Volkshilfe unterstützt die Ende März erhobenen Forderungen der Arbeiterkammer nach Investitionen in den Dienstleistungssektor. Österreich liegt mit seinen Sozialdienstleistungen unter dem EU-Schnitt, das gilt für die Pflege ebenso wie für die Kinderbetreuung. Im Bereich Pflege ist Österreich laut einer WHO-Studie vor allem mit ausgebildeten Pflegepersonen dramatisch unterbesetzt. In Finnland gibt es pro 1.000 EinwohnerInnen 21,7 Pflegepersonen, in Deutschland immerhin noch 9,5 Pflegekräfte, in Österreich hingegen nur 5,8. Auch bei der Kinderbetreuung, vor allem für die unter Dreijährigen, gibt es hierzulande eine dramatische Versorgungslücke: Im OECD-Vergleich liegt Österreich bei der entsprechenden Betreuungsquote nach wie vor im unteren Drittel. Investitionen in den Sozialen Sektor würden sich auszahlen: „Es entsteht eine Win-Win-Situation durch die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen, die für die Entlastung von Angehörigen und die Frühförderung von Kindern sorgen“, ist Erich Fenninger, Bundesgeschäftsführer der Volkshilfe Österreich, überzeugt.

Auch der AK-Forderung nach Schaffung existenzsicherer Beschäftigung für Frauen kann Fenninger nur zustimmen: „In Ländern, in denen die Betreuung

zeige sich, dass Frauenpolitik eine Querschnittsmaterie sei, weshalb sie es für wichtig erachte, Maßnahmen in anderen Ressorts zu setzen, die ein größeres Budget zu Verfügung haben als das Frauenministerium. „Frauenpolitik ist eine Politik der Einmischung“, sagte Heinisch-Hosek. Ein Bereich, dem man in Zukunft mehr Aufmerksamkeit schenken müsse, sei der Bereich der „Body Politics“. Der Frauengesundheitsbericht wurde schließlich mit SPÖ-ÖVP-BZÖ-Grünen-Mehrheit zur Kenntnis genommen.

*Quelle: Gender und Medizin: Eine Herausforderung für die Gesundheitspolitik. Parlamentskorrespondenz Nr. 442, 04.05.2011*

älter und pflegebedürftiger Menschen sowie die Kinderbetreuung gesichert sind, gibt es eine höhere Beschäftigungsquote von Frauen. Auch hier liegt Österreich im europäischen Vergleich zurück.“

### Ausbau von Sachleistungen gefordert

Als zentral sieht der Volkshilfe-Geschäftsführer den Ausbau von Sachleistungen an: „Es reicht nicht, pflegebedürftigen Menschen und ihren Angehörigen Geld zu geben, sie brauchen auch professionelle Pflege- und Betreuungsangebote. Deshalb ist der bundesweite Ausbau der sozialen Infrastruktur mitsamt mobiler Betreuung und Pflegeheimen eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben, in deren Rahmen österreichweit bis zu 40.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden können.“ Ähnliches gilt für den Bereich der Kinderbetreuung. Österreich gibt mehr als 90 Prozent seiner Leistungen für Familien in Form von Geldleistungen aus, in Dänemark sind es im Gegensatz dazu nur 40,4 Prozent. Fehlende Kinderbetreuungseinrichtungen sind ein Hauptgrund für Frauen, nicht oder nur Teilzeit zu arbeiten. Mit all den damit verbundenen Nachteilen bis hin zu einer sehr niedrigen Pension. „Investitionen in Sachleistungen sind ein Jobmotor. Nach Berechnungen des WIFO bringt eine zusätzliche Milliarde an sozialen Geldleistungen bis zu 8.000 neue Arbeitsplätze, das gleiche Geld in Sachleistungen investiert, also in Pflege und Kinderbetreuung, würde 18.000 bis 25.000 neue Arbeitsplätze generieren. Dieses Potenzial muss dringend gehoben werden“, so Fenninger abschließend.

*Quelle: Volkshilfe-Presseaussendung, 30.03.2011*

## Wie funktioniert Wirtschaft?

Die von Pirmin Fessler und Stefan Hinsch verfasste Publikation „Wie funktioniert Wirtschaft?“ ist eine leicht lesbare Einführung zum Verständnis ökonomischer Prozesse im Zeitalter der Globalisierung, die insbesondere dazu dient, auch die aktuellen Krisenerscheinungen besser verstehen zu können. Folgende Fragestellungen begleiten die Lesenden durch das Buch:

- Wie funktionieren Märkte – und warum funktionieren sie manchmal eben nicht? Wann braucht es staatliche Eingriffe – und wessen Interessen folgen sie?
- Was ist Geld? Warum steigen Preise normalerweise, warum steigen sie manchmal zu rasch – und warum kann es schlecht sein, wenn sie einmal fallen?
- Wie funktioniert das Finanzsystem – und warum bricht es von Zeit zu Zeit zusammen?
- Welche Maßnahmen sind möglich, wenn die Wirtschaft in eine Rezession rutscht – und welche Risiken sind mit diesen Maßnahmen verbunden?
- Warum wird internationaler Handel betrieben? Macht uns der Handel alle reicher – und warum sind dann so viele arm?
- Warum wird die internationale Einkommens- und Vermögensverteilung immer ungleicher – und warum wird dadurch das internationale Wirtschaftssystem immer fragiler?
- Was bedeutet Globalisierung – und welche Chancen und Gefahren gehen von ihr aus?

Den Autoren zufolge stehen wir vor einer merkwürdig verzerrten öffentlichen Debatte: Auf der einen Seite erscheint das Funktionieren von Wirtschaft ausschließlich dem Reich der Experten zugehörig. Deren Entscheidungen sind für die Öffentlichkeit nicht nachvollziehbar, aber ihnen ist zu folgen, sonst droht ein Zusammenbruch. Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe von trivialen „Stehsätzen“ einer neoliberal ausgerichteten Volkswirtschaftslehre. Diese sind griffig, oftmals aber problematisch. Geboten werden etwa Maximen wie „Der Staat kann nicht wirtschaften“ oder „Wir dürfen nicht mehr ausgeben als einnehmen, denn Schulden gehen auf Kosten künftiger Generationen“. Solche Aussagen sind nicht notwendigerweise falsch, immer aber zu einfach – und lassen sich auch nicht aus volkswirtschaftlicher Theorie herleiten.

„Wie funktioniert Wirtschaft?“ bietet keine Weltformel an, sondern eine kritische Einführung. Es geht um eine Zusammenfassung und verständliche Darstel-

lung des ökonomischen Denkens, aber auch um eine kritische Hinterfragung des wenig diskursorientierten Mainstreams.

*Pirmin Fessler, Stefan Hinsch: Wie funktioniert Wirtschaft? Eine kritische Einführung*  
Promedia Verlag, Wien 2011  
224 Seiten, EUR 15,90

## Frailty – Gebrechlichkeit

„Der Umgang mit Veränderungen, auch der Umgang mit Krankheit und Einschränkungen, sind Anforderungen, die man durch aktives Altern im Sinne der Gesundheitsförderung erlernt,“ schreiben die AutorInnen von „Frailty“, einer aktuellen Publikation zu innovativen Betreuungsstrategien für alte, gebrechliche Menschen in Österreich.

Die steigende Lebenserwartung bedeutet auch einen Zuwachs an Älteren und Hochbetagten und bringt neue Herausforderungen an das Gesundheits- und Sozialsystem mit sich. Denn gerade diese Hochbetagten sind jene, bei denen der Pflegebedarf am höchsten ist. Gesundheit und Wohlbefinden, sowohl aus der Sicht des Einzelnen als auch der Gesellschaft, stehen im Mittelpunkt. Gesundheitsfördernde Maßnahmen, das frühe Erkennen von Defiziten und die zeitgerechte und gezielte Intervention stellen neben der pflegerischen und ärztlichen Betreuung Ecksteine einer optimalen Versorgung dar. Auch ökonomische Faktoren aufgrund des erhöhten Pflegebedarfs und dessen Finanzierung spielen eine wichtige Rolle.

Die vorliegende Arbeit gibt im theoretischen Teil einen Überblick über den aktuellen Stand der Frailty-Forschung in der Literatur. Im empirischen Teil wird untersucht, inwiefern die Erhebung von Frailty als brauchbares Instrument akzeptiert wird, um Personen, die von Gebrechlichkeit bedroht sind, zu identifizieren und eine Intervention im Sinne einer möglichst langen Erhaltung von Mobilität und Unabhängigkeit zu setzen. Mitarbeiter/innen aus dem ärztlichen, therapeutischen und pflegerischen Bereich spielen in der Prävention, Diagnostik und Therapie von Frailty eine entscheidende Rolle. Ihre Einschätzungen und Meinungen zu diesem Thema wurden mithilfe von ExpertInneninterviews erhoben.

*Marion Böck, Anita Rieder, Thomas Ernst Dorner: Frailty. Definition, Erkennung und Bedeutung in der Gesundheitsförderung und Prävention*  
OÖGKK/JKU, Linz 2010  
114 Seiten, EUR 14,40

## Das Leben schaukeln

Die 4. Österreichische Schuldenberatungstagung bietet Referate, Workshops und Diskussionen zu Mindestsicherung, Konkursreform, Entwicklungen und Trends in der Schuldenberatung, der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie am Finanzdienstleistungssektor.

*Termin und Ort:* 16. – 17. Juni 2011, Salzburg  
*Information, Anmeldung:* [www.schuldenberatung.at/sbtagung11](http://www.schuldenberatung.at/sbtagung11)

## Bildungsreform und Reformkritik

Aktuelle bildungspolitische Reformen, die unter Stichworten wie „Bologna“, „Pisa“, „Bildungsstandards“ und „Accountability“ vorangetrieben werden, werden mitunter von heftigen Diskussionen, hohen Erwartungen und großen Befürchtungen begleitet. Für die Schweizerische Gesellschaft für Bildungsforschung (SGBF) Grund genug, den Jahreskongress 2011 dem Thema Bildungsreform und Reformkritik zu widmen.

*Termin und Ort:* 20. – 22. Juni 2011, Universität Basel  
*Information, Anmeldung:* <http://sgbf-kongress2011.unibas.ch/>

## Ausbildung in der Altenarbeit

Die Tagung möchte eine Diskussion darüber eröffnen, wo die künftigen Anforderungen in der Altenbetreuung und –pflege konkret liegen, wie die derzeitige Ausbildung darauf vorbereitet und welche Initiativen zu einer Anpassung der Ausbildung an die künftigen Bedarfe derzeit gesetzt werden.

*Termin und Ort:* 22. Juni 2011, Arbeiterkammer OÖ, Volksgartenstraße 40, 4020 Linz  
*Information:* [brigitta.noebauer@fh-linz.at](mailto:brigitta.noebauer@fh-linz.at)

## Verborgenes Geld. Verheimlichte Macht. Verachtete Arbeit

Die Sommerakademie 2011 des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft widmet sich den "offenen Geheimnissen des Kapitalismus". Behandelt werden aktuelle Trends in der Arbeitswelt, die Machtverlagerungen in der Wirtschaft und deren Bedeutung für aktuelle Debatten, weiters die Rolle von Think-Tanks und Lobbies.

*Termin und Ort:* 23. – 25. Juni 2011, BauAkademie Lachstatthof, Steyregg (OÖ)  
*Information, Anmeldung:* [www.icae.at/wp/sommerakademie-2011-2/](http://www.icae.at/wp/sommerakademie-2011-2/)

## Fremdenrecht neu kompakt

Das von Seminar widmet sich den Neuerungen im Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz (Deutsch vor Zuzug, Rot-Weiß-Rot-Card etc.) sowie im Fremdenpolizeigesetz, die ab 1. Juli in Kraft treten.

*Termin und Ort:* 7. Juli 2011, Asylkoordination Österreich, Laudongasse 52/9, 1080 Wien  
*Anmeldung:* Marion Kremla, Tel. 01 5321291 14, Mail: [kremla@asyl.at](mailto:kremla@asyl.at)

## In Würde werden

Die 60. Internationale Pädagogische Werktagung stellt die Würde des Kindes – und der ErzieherInnen – in den Mittelpunkt. In Vorträgen und Workshops wird u.a. folgenden Fragen nachgegangen: Was macht die Würde des Kindes aus? Inwiefern kann Erziehung zu mehr Würde beitragen, wenn sie doch auch Zumutung ist? Gibt es gesellschaftliche, wirtschaftliche Zwänge, die die Würde des Menschen untergraben?

*Termin und Ort:* 11. – 15. Juli 2011, Salzburg  
*Information:* Tel. 662 8047-7520, Fax DW 7569, Mail: [pwt@bildung.kirchen.net](mailto:pwt@bildung.kirchen.net)  
 Web: [www.kirchen.net/ipwt\\_v2/](http://www.kirchen.net/ipwt_v2/)

## **KONTRASTE**

### **Presse- und Informationsdienst für Sozialpolitik**

Erscheinungsort Linz, P.b.b. Verlagspostamt Linz.  
Wenn unzustellbar, zurück an die Redaktion KONTRASTE:  
Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-  
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz

**Herausgeber, Medieninhaber, Verleger:**  
Sozialwissenschaftliche Vereinigung, mit Unterstützung der Johannes  
Kepler Universität Linz (JKU), Institut für Gesellschafts- und Sozialpolitik

**Erscheinungsweise:**  
10 Ausgaben pro Jahr

**Redaktionsadresse:**  
KONTRASTE: Johannes Kepler Universität Linz, Institut für Gesellschafts-  
und Sozialpolitik, Altenbergerstr. 69, 4040 Linz  
Tel.: 0732/2468-7168  
Mail: [hansjoerg.seckauer@jku.at](mailto:hansjoerg.seckauer@jku.at)  
Web: <http://www.gespol.jku.at/> Menüpunkt Schriftenreihen / Kontraste  
Aboservice, Sekretariat: Irene Auinger, Tel.: 0732/2468-7161  
Fax DW 7172 Mail: [irene.auinger@jku.at](mailto:irene.auinger@jku.at)

**Redaktionsteam:**  
Mag. Hansjörg Seckauer, Dr. Christine  
Stelzer-Orthofer, Dr. Bettina Leibetseder,  
Dr. Susanna Rothmayer, Dr. Angela  
Wegscheider

Wir freuen uns über zugesandte Manuskripte,  
die Redaktion behält sich jedoch das Recht  
auf Kürzung und Entscheidung über die Veröf-  
fentlichung vor. Redaktionsschluss ist jeweils  
der 20. des Vormonats. Namentlich gekenn-  
zeichnete Beiträge können, müssen aber nicht  
die Meinung der Redaktion wiedergeben.

**Wissenschaftliche Beratung:**  
Univ. Prof. Dr. Josef Weidenholzer  
Univ. Prof. Dr. Irene Dyk-Ploss  
a.Univ. Prof. Dr. Evelyn Schuster  
Dr. Brigitte Kepplinger

**Lektorat; Satz:**  
Mag. Hansjörg Seckauer

**Grafisches Konzept:**  
Mag. Gerti Plöchl

Kontraste finanzieren sich fast ausschließlich aus Abonnements und  
Mitgliedsbeiträgen: Jahresabo EUR 65,40; Halbjahresabo EUR 32,70;  
StudentInnen, Arbeitslose und PensionistInnen EUR 36,30;  
Gratis Probeabo für drei Monate  
Alle Preise inklusive Versand. Einzelheft EUR 5,45 exkl. Versand.  
Kündigung bis einen Monat vor Ablauf möglich.

**Bankverbindung:**  
Sparkasse OÖ, BLZ 20320, Kontonr. 7500-002453